

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Dringertlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Dringertlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsschein Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Satisfaktionsfähig.

\* Leipzig, 22. Januar.

Es ist gerade, als wollten die Kaufbolde, die einen Ehrenhandel nur mit dem Säbel oder mit der Pistole auszugetragen wissen, die ganze Kulturwelt gegen sich in Harnisch bringen. Drei Duelle mit tödlichem Ausgange in kurzer Zeit; in zweien zwei blühende Menschenleben wegen unter den Wirkungen des Alkohols begangener und darum gering anzuschlagender Taktlosigkeiten vernichtet; im dritten ein betrogener Gatte von dem Zerstörer seines Familienglücks noch obendrein getötet — gemordet! Nicht als ob die Fälle neu wären! Nur die Häufigkeit der Duelle fordert zu einigen psychologischen Betrachtungen heraus.

Sie ist ein Zeichen einer nervösen, überreizten Zeit. Sentimental nehmen wir diese Erscheinung im allgemeinen nicht. Wenn der junkerliche Kaufbold v. Brudewitz von dem „Standesgenossen“ v. Strudelwitz im Zweikampf über den Haufen geschossen oder gestochen wird — haboat sibi! Wir vergießen auch dann keine Tränen, wenn beide „Edlen“ auf dem Plage bleiben, und aus der langen Liste junkerlicher Liebesgaben-Empfänger gleich zwei Namen gestrichen werden können. Wir sehen in der Beteiligung an einem Duell auch nicht einen Beweis besonderen persönlichen Mutes. Die Junker, die 1806 die preussischen Festungen so feige und schmachvoll den Armeen Napoleons auslieferten, hätten sich im Duell ganz gewiß tadellos geführt.

Wir verlangen nur, daß das Individuum, welches einen anderen im Duell verlegt oder tötet, ganz genau so bestraft wird, wie der Bauernbursche, der bei Raufhändeln am Sonntag Messerstücke ansteilt. In dem Augenblick, da die Duelle wie jede andere Körperverletzung und jeder andere Totschlag oder Mord bestraft würden, würden auch die famosen Ehrekränze nicht so leicht dahin gelangen, Duelle für notwendig zu erklären und so scharfe Bedingungen zu stellen, wie in letzter Zeit mehrfach geschehen. Auch würde es schwieriger werden, Offiziere und Beamte, die dem Duell abgeneigt sind, zum Zweikampf zu zwingen, welchem Zwang sie heute nachgeben müssen, wenn sie nicht in Verurteilung werden wollen.

Diese Steigerung des Duell-Ansangs rührt nicht erst von heute her. Der deutsch-französische Krieg hat seiner Zeit in dieser Richtung eine große Wirkung ausgeübt. Eine Menge Studenten hatten den Krieg mitgemacht, und sie brachten, als sie dann in das akademische Leben zurückkehrten, jenen unruhigen Uebermut des Siegers mit, der sich in einer übertriebenen „Schneidigkeit“ äußert. Vor dem Kriege hatte die „Paukerie“ bei dem deutschen Studententum auch in

Flor gestanden, allein damals sah man mehr darauf, daß dabei eine gewisse Kunst im Fechten entwickelt wurde. Nachdem aber die Sieger aus dem Feldzuge heimgekehrt waren, wurde das „Paukewesen“ darauf eingerichtet, daß möglichst viel „Schmiss“ herauskam. Daher die vielen so sehr zerhackten Gesichter unter dem heutigen Studententum; vor 1870 waren solche Gesichter selten. Auch die schärferen Forderungen kamen damals nicht so häufig vor.

Diese „Schneidigkeit“ ging aus den akademischen und den Offizierskreisen auch auf das weitere bürgerliche Leben über. Dabei kam wieder eine der Schwächen des Bürgertums zum Vorschein. Man glaubt den Geburtsadel politisch und historisch überwunden zu haben, allein man ahnt seine Schwächen und Thorheiten nach. Ein bürgerlicher Parvenu kennt kein größeres Vergnügen, als den Luxus, all das Gepränge und all die Thorheiten und Lächerlichkeiten der alten Aristokratie nachzuäffen, und fühlt sich sehr unglücklich, wenn man ihm einen Fehler dabei nachweist, was sehr häufig vorkommt. Die grassierende Duellwut ist nur eine Nachahmung altjunkerklicher Gepflogenheiten und das gebildete Bürgertum von heute sucht die Junker noch zu überbieten in dieser Hinsicht, die aus dem finsternen Mittelalter stammt.

Will man aber das Duell von den alten Gottesgerichten, resp. Ordalten ableiten, so muß man damit den alten frommen Glauben verbinden, der unseren modernen liberalen Bürgertum so wohl ansteht. Indem man den Zweikampf unter die Gottesgerichte seiner Zeit aufnahm, ging man dabei von dem Glauben aus, der allmächtige Gott werde demjenigen den Sieg verleihen, den Unrecht geschehen. Dieser Glaube hat aber durch die Thatfachen keine Bestätigung gefunden. Auch in dem Zweikampf Bennigsen-Falkenhagen hat ein schmählich in seiner Ehre gekränkter Mann sein Leben verloren. Wie einfach wäre es doch gewesen, die Gerichte anzurufen, statt die Pistole, bei der niemals das Recht, sondern stets die größere Uebung im Schießen entscheidet. Wer sich einem solchen Zwang unterwirft, der kann sich nicht beklagen, wenn er von einem ganz minderwertigen Menschen aus der Welt hinaus befördert wird. Das kommt namentlich in den Ländern vor, wo das politische Duell gilt, wo der Unsinn seinen Gipfel erreicht. Es ist noch unvergessen, wie der berühmte italienische Abgeordnete Cavallotti von einem ganz obskuren Journalisten in einem politischen Duell erstochen wurde. Bismarck, Mantouffel und „König“ Stumm haben bekanntlich das politische Duell auch in Deutschland einzuführen gesucht. Das ist, indessen nicht gelungen, denn in den gereiften politischen Kreisen konnte man an solch junkerlichen Abgeschmacktheiten keinen Gefallen finden.

Dagegen sehen die Söhne gut bürgerlicher Familien es als eine Notwendigkeit an, für „satisfaktionsfähig“ zu

gelten; es gehört das gewissemaßen zum „guten Ton“ und ist in weiteren Kreisen förmlich zu einem gesellschaftlichen Princip erhoben worden, seitdem wir die bedeutsame Einrichtung des Reservistenkontingents haben. Es giebt Väter, die stolz und glücklich sind, weil ihre Söhne in der guten Gesellschaft als satisfaktionsfähig gelten, und es giebt zarte Damen, die in der Küche kein Huhn bluten sehen können, die aber dennoch zu den Herren ihrer Umgebung schon wie zu „Helden“ emporsehen, weil diese sich verpflichtet fühlen, sich wegen jeder Lappalie auf Säbel und Pistolen zu schlagen. Und wenn erst einer dieser „Edwen“ sich wirklich geschlagen hat! Dann ist er natürlich zehnmal interessanter als vorher.

Diese Erscheinungen sind wohl zu beachten. Der Duellansatz würde sich auf einen kleinen Kreis beschränken und die Öffentlichkeit nicht so sehr in Anspruch nehmen, wenn das Bürgertum bei dem demokratischen und liberalen Geiste geblieben wäre, der es besetzte, als es mit der Aristokratie um Gleichberechtigung rang. Aber dieser Geist ist fast vollkommen verloren gegangen. Große Zeiten fanden im Bürgertum ein kleines Geschlecht. Es war nicht fähig, eine neue Epoche zu begründen; es blieb vielmehr auf halbem Wege stehen und schien seine historische Aufgabe gar nicht zu begreifen. Statt den Aristokratismus für immer niederzubrechen und die alten Vorurteile mit den Vorrechten gründlich auszurotten, entdeckte man in den Trägern erblichen Unsinn gesellschaftliche Ideale und ist, wie wir gesehen, heute glücklich und befriedigt, wenn man die Auswüchse und Thorheiten einer überlebten Rasse nachahmen kann.

Das „gebildete Bürgertum“ trägt den größten Teil der Schuld daran, daß die Duellmante in Deutschland so zugenommen hat.

Die Straffgesetze könnten eine Milderung herbeiführen, aber beseitigen können sie das Duell auch nicht; das lehrt die Geschichte.

Die neuen Generationen, denen die Zukunft gehört, werden erst dahin gelangen, indem sie auf Grund einer neuen Gesellschaftsordnung auch ein neues Recht konstruieren, welches bessere „Satisfaktion“ gewähren wird, als die Pistole und der Degen.

## Politische Uebersicht.

Wie der Fuchs den Enten predigt.

Herr Chamberlain hat im englischen Unterhaus eine Rede gehalten, welche durch die Naivität ihrer Heuchelei an die ältesten Thierfabeln vom Wolf und Schaf und vom Fuchs und den Hühnern erinnert. Herr Chamberlain pflegt in der That in der Heuchelei eine andere Gattung, als sonst seine verehrten Landsleute, die in diesem Punkte eine gewisse Weltberühmtheit

## Seuilleton.

### Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Thomsen steckte die Finger in die Ohren und hätte am liebsten laut aufgeschrien.

„Ich will nichts mehr davon hören!“

„Dann schweigen wir davon, dann schweigen wir davon,“ nickte der Alte.

„Du sagtest ja vorhin selber, daß er sich bis zum Dezember-Termin noch halten würde.“

„Ja, das hab ich gesagt!“

„Und, kommt Zeit, kommt Rat! Man wird schon Mittel und Wege finden!“

„Ahem, ahem, krrr, krrr! — Du kannst doch, so viel ich weiß, kein Geld sch —“

„Man wird schon Mittel und Wege finden!“ wiederholte Emanuel — „bis zum nächsten Juni ist es noch ein halbes Jahr hin! Was kann nicht inzwischen alles geschehen!“

„Ach ja, — das Laufbecken kann verkauft werden —“

„Verkauft werden!“

„Ja, neulich war da ein Quittshändler draußen auf dem Hof und besah sich das Laufbecken und die Steine —“

„Das läßt Du!“

Manuel packte seinen Gast beim Kragen und schüttelte ihn, so daß sein Kopf vom Halse herunterbaumelte.

„Aber Manuel, Ma—nu—el!“

Thomsen ließ ihn los.

„Das läßt Du!“ wiederholte er.

„Ja, vielleicht habe ich gelogen, ja!“ sagte Mortensen und brachte seinen Hals wieder in Façon. — „Aber Du kannst Dich ja selbst danach erkundigen!“

„Das Laufbecken? Und Großvaters Tische?“

„Ja, Cornelius muß ja was haben, womit er „Kimi“ studieren kann, wie er es nennt!“

„Und wer, — wer wollte sie kaufen?“

„Dieser haarige Zollverwalter —“

„Knapsteb?“

„Ja, heißt er so?“

„Knapsteb? Was wollte der mit den Sachen?“

„Seinen Garten damit aufputzen, denk ich mir, ebenso wie —“

„Er hat ja aber keinen Garten!“

„So? — hat er keinen? Na, dann wollte er sie wohl nach Deutschland oder nach Serbien oder so wo hin verkaufen. Diese Art Menschen kommen ja in der ganzen Welt herum —“

Thomsen stürmte wieder im Zimmer auf und nieder. Sein rundes, glattes Gesicht war dunkelrot. Und von Zeit zu Zeit holte er mit dem langen Arm aus und schlug gegen die Decke und die Wände der kleinen Kammer.

Der Mühlen-Mortensen aber saß unbeirrt in seinem Korbstuhl und rauchte seine Pfeife. Nur seine blanken Augen bewegten sich. Sie folgten aufmerksam allen Bewegungen des anderen.

„Ruh?“ fragte er endlich.

„Die Welt wimmelt von Banditen!“

„Ach ja, ach ja! — Soll ich es denn thun?“

Manuel blieb stehen.

„Wozu brauche ich es überhaupt zu wissen?“

„Nein, — ach nein, — — Aber es ist solch ein Trost, zu zweien zu sein!“

„Aber wenn er nun nachher spukt?“

„Dafür weiß ich Rat!“

„Und wenn es herauskommt?“

„Ich bin auch nicht von gestern!“

„Ja, aber wenn es doch herauskommt?“

„Ahem, ahem, krrr! — Ja, dann hab ich allein darum gewußt. — Krrr! — — Pfui Ruckuck! Der Teufel hol meinen Husten! Na?“

Thomsen atmete hastig und pfeifend. Er hatte eine Hand gegen die Brust gepreßt, als empfände er einen Schmerz. Der Schweiß lief ihm über das Gesicht.

„Ruh?“ wiederholte der Alte.

„Man muß des Vaters Ansicht hören!“ sagte Emanuel kurz.

„Hm!“

„Vater hat einem den Rat gegeben, das Geld zusammenzusparen.“

„Ja, das sagst Du ja!“

„Du hast ihn ja auch gesehen!“

„Ja, ich habe ihn gesehen! — — Und ich glaube, es wäre eine Mahnung an mich. Aber dann hat es also Cornelius gegolten.“

„Davon weiß man nichts.“

„Ach nein, er sagte es ja nicht so geradezu!“

„Ist es Gottes Wille, daß — daß — dann erhält man Bescheid.“

„Ja, dann bekommt man wohl Bescheid. — Na, dann warten wir also noch!“

„Ja!“

„Hm! — — Pass, pass! — Aber wenn sie nun das Laufbecken und die Tische —“

haben. Um mit Schiller zu sprechen, fällt die Heuchelei der edlen Briten sonst unter die sentimentale Gattung; Herr Chamberlain zieht das naive Genre vor. Sonst sind die gleichzeitigen Criminalen John Bull's raffiniert, christlich-diplomatisch; Herrn Chamberlains Nase ist cynisch, von antiker Einfachheit. Er giebt sich gar nicht die Mühe, zu entschuldigen, zu rechtfertigen; er hat einfach Recht, wie der Wolf gegenüber dem Lamm, der Fuchs gegenüber den Hühnern Recht hatte, und für alle Grausamkeiten und Schenkschleichen der britischen Wolfs- und Fuchsnatur sind — nur die Buren verantwortlich, welche so unvorsichtig waren, sich gegen die britischen Fressgelfüste ernstlich zur Wehre zu setzen. Und nun predigt er, Herr Chamberlain, den Buren Vernunft, Moral und alle Tugenden, die den Schwächeren gegenüber den Stärkeren geziemen und welche die Buren von Anfang an so unchristlich verkannt haben.

In den Konzentrationslagern und der beklagenswerten Sterblichkeit in diesen angenehmen Aufenthaltsorten sind nur die Buren schuld: die englische Regierung hat mit einer Humanität, die in der Geschichte beispiellos dasteht, für die ihrer Obhut anvertrauten Frauen und Kinder gesorgt. Auch treibt das jehige Regiment der Briten keine Ausrottungspolitik; aber wenn die Masse der Buren durch das humane Vorgehen der englischen Kriegsführung bedauerlicherweise decimiert wird, so haben sie es sich nur selbst zuzuschreiben. Warum unterwerfen sie sich auch nicht und strecken die Waffen, da doch ihr Land längst von der britischen Krone annektiert ist? Sie sind allzumal Rebellen, und Kitchener könnte die Gefangenen von Rechts wegen als Hochverräter erschließen lassen; aber er thut das nicht, und läßt die Burenführer nur wegen "Morde" auf den Sandhaufen niederknallen. Kitchener ist, goddam, viel zu milde, und seine Proklamation hat den Buren nur neue Hoffnungen gemacht und den Nacken gesteiht. Wenn die Buren endlich zur Besinnung kommen und sich aufreissen lassen wollten, wäre ihnen eine großmütige Amnestie und die politische Gleichstellung mit allen britischen Unterthanen weißer Farbe gesichert. Nehmen sie aber keine Vernunft an, so muß die Regierung Edwards VII. die Verantwortung dafür abgeben, wenn die Buren nicht bloß aufgefressen, sondern mit kanibalischer Grausamkeit bei lebendigem Leibe geschunden und zerstückelt werden. Der britische Volkshunger ist einfach ein Jotum, und Herrn Chamberlains Kriegsführung besteht nur aus Reflexbewegungen gegen die Widerstandskräfte der Buren. Daß er der Fuchs und die Internierten der Konzentrationslager die Hühner sind, dafür kann er nichts; das ist in der göttlichen Weltordnung, die Herrn Chamberlain zum Minister machte, begründet.

Die Verkörperung aller sittlichen Begriffe, die aus den Worten des Herrn Chamberlain spricht, sucht ihresgleichen vergebens in den Annalen der ganzen Heuchelei des Christentums, das an diesem Artikel doch gewiß nicht arm ist. Man muß zurückgehen auf die Zeiten der barbarischen Wildheit, des wahren Urzustandes der ersten geschichtlichen Anfänge der Menschheit, um für diese brutale Moral eine Analogie zu finden. Sie steht nicht jenseits von gut und böse, sie ist keine "Ueberwindung" der Moral nach Bismarckschem Staatsmuster, sie ist der platte Rückfall in die Zeiten der grundsätzlichen, nativen Unmoral, die Proklamierung des rohen Naturrechts der Raubtiere, denen es ein genügender Rechtsmittel für ihren Appetit ist, daß sie das Fleisch anderer Tiere schmackhaft finden.

**Deutsches Reich.**

**Parlamentarische Briefe.**

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 21. Januar. Der Sitzungssaal des Reichstags hat heute das lange nicht ersahnte Bild eines beschlußfähigen Hauses. Wo sonst lange Bankreden in gährender Leere sich dehnen, da wimmelte es heute in schwärzlichen Durcheinander der Gescheiterten und Geschorenen. Und was hatte dies Wunder zu stunde gebracht? Es sollte über ein paar zweifelhafte Wahlprüfungen entschieden werden, und dazu hatten die Parteiführer der bürgerlichen Fraktionen ihren ganzen Heerhaufen, der sonst an den provinziellen Fleischhöfen ein friedlich unpolitisches Dasein führt, nach Berlin entboten. Besonders Centrum und Nationalliberale waren fast bis auf den letzten Mann zur Stelle. Gleich bei der ersten Wahl, die zur Diskussion stand, getreten die beiden Fraktionen hart aneinander. Die Wahlprüfungskommission hatte die Wahl des nationalliberalen Herrn Völk zum Wahlkreise Saarbrücken für gültig zu erklären beantragt, trotz mannigfacher durch Zeugenvernehmungen festgestellter Wahlbeeinflussungen schlimmster Art. So konnte das Centrum, dessen Kandidat Euler bei der Stichwahl unterlegen war, hoffen, die zufällig zusammengekommene Mehrheit der Kommission im

"Daraus wird nichts! Dann kaufe ich sie selber!"  
 "Na ja, — das kannst Du ja auch! — — Aber es wäre doch wohl billiger, das ganze auf einem Brett zu kaufen!"  
 Emanuel antwortete nicht. Er stand unter dem schrägen Dachfenster, den Rücken der Stube zugewendet. Und er zeichnete mit einem Finger Zahlen und Striche auf die kleinen betauten Fensterscheiben.  
 Der Menschen-Mortensen schickte nach ihm hin.  
 "Ja, dann gehe ich, Emanuel," sagte er und erhob sich aus dem Korbstuhl.  
 "Na —"  
 "Ich habe versprochen, vor vier zu Hause zu sein. Cornelius und die Frau wollen ausgehen, und da habe ich versprochen, nach den Kindern zu sehen."  
 "So —"  
 "Ja, dann adieu, Emanuel. Auf Wiedersehen!" Emanuel wandte sich um.  
 "Adieu!" sagte er zerstreut.  
 "Ja, dann reden wir wohl mal darüber, wenn —"  
 "Ja, ja!"  
 Mortensen näherte sich dem Tische.  
 "Ich kann den Tabak wohl mitnehmen?"  
 Thomsen erwachte plötzlich aus seinen Gedanken.  
 "Den Tabak, — —? Ja — —? Man hatte ja eigentlich gedacht, Du solltest ihn rauchen, wenn Du hierher kämst —"  
 "Um, — ja! — — Aber meine Pfeife kann ich mir wohl noch mal vollstopfen?"  
 "Ja, stopf sie nur voll, meinnetwegen!"  
 Und Mortensen nippte und zündete seine Pfeife an und humpelte von dannen.  
 (Fortsetzung folgt.)

Plenum zu desavouieren. Die Angelegenheit hatte das Haus schon einmal beschäftigt und war damals an die Kommission zurückverwiesen worden. Die neueren Erhebungen aber hatten nur bestätigt, daß die Nationalliberalen hier in krasser Weise die durch die Verfassung garantierte Wahlfreiheit verweigert hatten. Und der offiziöse Apparat der Vergewaltigten hatte sie dabei verständnisvoll unterstützt. Abg. Leuzmann von der freisinnigen Volkspartei sagte den Nationalliberalen das mit so auffallender Offenheit ins Gesicht, daß der nationalliberale Herr Frank in komischer Entrüstung die Wahrung unbedingter Wahlfreiheit für seine Partei in Anspruch nehmen zu müssen glaubte. Er erzielte mit diesem pathetischen Vorstoß freilich nur einen ungewollten Heiterkeitserfolg. Abg. Leuzmann empfahl gegenüber den Einschränkungen der Wahlfreiheit, wie sie gerade im Königreich des verstorbenen Herrn v. Stumm noch in ungetriebener Blüte steht, das bekannte Mosell-Gesetz des Abg. Niedert. Der nationalliberale Rechtsanwalt Dr. Semler verteidigte, wie es sein Beruf manchmal mit sich bringen mag, das Unhaltbare: er gestand in unüberlegter Schruppligkeit zu, daß die Ungleichheiten über die Grenze des selbst ihm erlaubt Scheinenden hinausgingen, aber das ist für ihn keineswegs ein Grund, die Wahl zu kassieren. Auch der Konservative v. Brockhausen wies Spuren einer ähnlichen Verwirrung des politischen Moralbewußtseins auf, sekundiert natürlich von dem unvermeidlichen Reichsparteiführer Dr. Krenndt. Dagegen brachten Abg. Dabach und besonders unser Genosse Auer ein so ausgiebiges und schlagendes Material gegen die Gültigkeit der Wahl bei, daß dagegen nichts mehr gesagt werden konnte. Auer tabelte besonders die Mächenschaften, die der Kandidatur des Herrn Völk den für gewisse Kreise bestehenden Reiz einer offiziellen Weihe aufzubringen bestimmt waren. Herr Prietze, der nationalliberale Bergpartei und Nachfolger Stumms im Wahlkreise Wittweier, hielt es noch für taktvoll, für den gefährdeten Fraktionsgenossen einzutreten. Er ahnte wohl, daß er selbst bald in ähnlicher Bedrängnis sein werde; heute abend wird seine eigene Wahl vermutlich von der Wahlprüfungskommission beanstandet werden. Aber alles war vergeblich: gegen die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen wurde die Wahl des Abg. Völk für ungültig erklärt.

Dem zweiten nationalliberalen Todeskandidaten, dem Abg. Sieg-Graubenz, dessen Wahl die Kommission für ungültig zu erklären empfahl, ging es vorläufig nicht ganz so schlimm. Um seine Rettung bemühte sich Herr Wassermann so lebhaft, daß die Kommission zunächst mit weiteren Nachprüfungen beauftragt wurde.

Eine längere Debatte entspann sich noch bei der Wahl des der freisinnigen Vereinigung angehörenden Abg. Dr. Hänel, der in Kiel mit geringer Majorität gegen unseren Genossen Legien gewählt worden ist. Obgleich festgestellt ist, daß hier in 8 Wahllokalen seitens der Wahlvorsteher die Deffektivität der Wahl in ganz ungesetzlicher Weise beschränkt worden ist, obgleich auch konstatiert ist, daß diese Beschränkungen auf Anordnungen des Landrats Brühl hindeuten, hat sich die Mehrheit der Kommission nicht entschließen können, die Ungültigkeit der Wahl beim Plenum zu beantragen. In der Diskussion brachten unsere Genossen Singer und Richard Fischer für die Tatsache der amtlichen Wahlbeeinflussung und der unbedingten Hinausweisung von Wählern aus den Wahllokalen ein unüberlegliches Beweismaterial bei. Die bürgerlichen Redner aber befaßen nicht die Unparteilichkeit, von ihrer vorgefaßten Meinung abzugehen, und so erklärte man gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Hänel'sche Wahl für gültig.

Am Mittwoch beginnt die zweite Staatsberatung mit den Sitzungen des Reichstags und des Reichstanzlers.

**Der Fall Vredendek und der preussische Minister.**

Unser -.-Mitarbeiter schreibt uns aus Dortmund: Die unerhörte Behandlung unseres Genossen Vredendek in Dortmund, die allseitig das größte Kopfschütteln erregt hat, wurde am Montag gelegentlich der Interpellation in Sachen des zu Unrecht verhafteten Kaufmanns Kulenkampff in Ebersfeld im preussischen Abgeordnetenhaus mit gestreift. Dabei erklärte der Minister des Innern, v. Hammerstein, es liege zu Erregungen in diesem Falle keine Veranlassung vor, da Vredendek kein mit höherer Bildung ausgerüsteter Redakteur, sondern nur ein Bergmann sei, der von der sozialdemokratischen Partei als Sigredakteur erwähnt worden wäre. Die letzte Behauptung des Ministers zeigt, daß er von seinen Untergebenen nicht richtig unterrichtet worden ist. Um einer Irreführung der öffentlichen Meinung vorzubeugen, sei der Herr Minister darauf aufmerksam gemacht, daß Vredendek nicht Sigredakteur, sondern tatsächlich Redakteur unseres Dortmunder Parteivorstands war und heute noch ist, genau so wie Herr Hammerstein nicht nur zum Schein, sondern tatsächlich preussischer Minister des Innern ist. Vredendek hat nicht nur den ihm unterstellten Teil des Blattes, sondern wochenlang das Blatt ganz allein geleitet und eine Reihe selbständiger Arbeiten geleistet. Das wissen die Beamten, von denen der Minister seine Belehrungen empfangen, sehr genau. Es ist nicht anzunehmen, daß der Minister die Behauptung ohne Unterlagen gemacht hat, da bekannt geworden ist, daß die Akten über den ganzen Fall von der Regierung in Arnberg, der die Stadt Dortmund unterstellt ist, seitens des Ministeriums eingefordert wurden. Die Arnberger Regierung hat ihrerseits wiederum die Akten vom Dortmunder Oberbürgermeister eingefordert, der als Polizeichef Erkundigung von seinen Untergebenen eingezogen hat. Es ist unglücklich, daß diese die unrichtige Meldung gemacht haben, da sie genau wissen mußten, daß Vredendek nicht Sig-, sondern tatsächlich Redakteur war. Die Deffektivität hat ein Interesse daran, zu erfahren, wo die falsche Meldung entstanden ist. Das aufzuklären, hat die Regierung die Pflicht, da es ihrem Ansehen höchst schädlich ist, wenn von höchster Stelle aus unrichtige Behauptungen aufgestellt werden. Das Absonderliche an dem ganzen ministeriellen Beschuldigungsversuch ist, daß Vredendek's Behandlung zu Erregungen keinen Anlaß bietet, da er keine höhere Bildung genossen habe, sondern nur Bergmann sei. Allerdings hatten Vredendek's Eltern nicht das Geld dazu, ihm eine „höhere“ Bildung zu geben, wie etwa die Eltern des Herrn Hammerstein es ihrem Sprößling gegenüber thun konnten. Tatsache ist weiter, daß Vredendek nicht durch irgend welche Öbener abanciert ist, sondern durch eisernen Fleiß und Selbsterziehung sich mühsam emporgeworren hat, bis seine Genossen ihn für fähig hielten, den Redakteurposten zu versehen. Jeder rechtlich denkende Mensch wird es für höchst ehrenvoll finden, wenn ein schlichter Bergmann durch eigene Bildung sich bis zum Redakteur durchgearbeitet. Im preussischen Ministerium scheint man sonderbarerweise anderer Meinung zu sein. Eindruck wird man damit nicht machen. Mit ähnlichen Worten versuchte man im Dortmunder Stadtparlament die Sache abzuthun und hat

man ihm auch im Gefängnis die Selbstbeschäftigung verweigert. Es liegt demnach im System, daß Journalisten, die wegen Preßvergehens bestraft werden und eine „höhere Bildung“ genossen haben, anders behandelt werden. Wie das begründet werden soll, ist uns unbegreiflich. Preßvergehen bleibt Preßvergehen, mag es verübt werden von wem es will. Wir fordern daher auch eine gleiche Behandlung. Die bürgerlichen Parteien freilich regen sich nicht allzu sehr auf, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Redakteur handelt, ihren Leuten passiert ja so etwas nicht, die kommen schließlich mit Festung davon. Die Neuerungen des Ministers rufen zum schärfsten Proteste heraus und es läßt tief blicken, daß im Abgeordnetenhaus sich auch kein Freisinniger gefunden hat, der dem Minister das Unhaltbare seiner Erklärung zeigte. Wie leudensam wird die freisinnige Interpellation wohl werden? Glücklicherweise wird aber der Herr Minister im Reichstage eine andere Meinung über die Handlungsweise seiner Untergebenen hören. Hoffentlich kneift er nicht an, wie sein Vorgänger. Die Behandlung, wie sie seit einem Jahre seitens der Justiz unserem Genossen Vredendek angethan wurde, ist geradezu skandalös und ein Hohn auf unsere Kultur. Man glaubt sich um ein Jahrhundert zurück versetzt. Ob sie der Minister, wenn er sie erfährt, noch zu verteidigen wagt? Man kann hier nicht mit der Ausrede kommen, daß der Uebereifer eines einzelnen Beamten an der skandalösen Behandlung schuld sei. Hier zeigt sich das ganze System in seiner Morie und dem gilt der Kampf.

**Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.**

Schweidnitz, 21. Januar. Von der hiesigen Strafkammer wurde gestern der Schneidermeister Ferdinand Jacoby zum 12. Male wegen Majestätsbeleidigung, diesmal zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

\* Berlin, 22. Januar. Dem Abgeordnetenhaus ist der Gesetzesentwurf über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienste zugegangen. Hiernach soll die Dauer des Rechtsstudiums sieben Halbjahre betragen. Den Gegenstand der ersten juristischen Prüfung sollen die Disciplinen der Rechtsgeschichte, des Privatrechts, des öffentlichen Rechts und der Nationalökonomie bilden. Die Dauer des zwischen der ersten und zweiten Prüfung liegenden Vorbereitungsdienstes soll 3/4 Jahre betragen. Das Gesetz soll am 1. April in Kraft treten.

In dem Verein zur Förderung des Gewerbestandes hielt der Minister Müller am 20. Januar eine Rede, in der er der National-Zeitung zufolge ausführte, daß wir nur zu Handelsverträgen kommen können, wenn wir etwas zu geben haben. Wir können unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nur durch den Abschluß langfristiger Verträge sichern und dürfen dem Staate, von dem wir etwas verlangen, nicht mit leerer Hand kommen. Gegenwärtig ist der Kampf um den Zolltarif ein sehr schwerer und sehr harter geworden; vielleicht wird er noch erbitterter und unter Verkenning der tatsächlichen Verhältnisse geführt werden. Wir müssen aber zu einer Verständigung kommen, die uns für Jahre Sicherheit giebt. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage ist sehr betrübend, die jetzige geschäftliche Krise weicht erheblich von den bisherigen ab. Redner schildert die Ursachen und den Verlauf der Krisen von 1857, 1873 und 1891 und führt fort: „Die Verhältnisse der Börse werden vielfach falsch beurteilt. Es bestand eine Abneigung gegen die Börse, die zu ihrer Einschränkung und Fesselung führte, und die ihr schweren Schaden zufügte. Wenn die Mehrheit solcher gehässigen Strömungen weiter folgt, so werden wir keine Veränderung in der wirtschaftlichen Lage herbeiführen können. Wenn die Periode des Aufschwunges lange angehalten hat, so haben wir dies einer neuen Ursache zuzuschreiben, nämlich, daß an Stelle eines unregelmäßig geschäftlichen Gebarens ein geregelter gesetzt werde. Die Syndikate haben dafür trotz mancher Mißgriffe gesorgt. Ich habe das feste Vertrauen, daß die Krisis rascher zu einem guten Ende verlaufen wird, als viele glauben, eine Krisis, die vorwiegend in großem Vertrauensbruch, ja großen Verrätereien ihre Ursache hatte. Es wird uns zwar bei der in den letzten Jahren entstandenen großen Produktionsfähigkeit kein großer Lohn aus unserer Arbeit erwachsen, aber wir werden eine Arbeit schaffen, die den Handel und das Gewerbe in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zu einer leidlich gedeihlichen Entwicklung bringen wird.“ — Im Versprechen ist Herr Müller groß.

Zum Zolltarifgesetz haben die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktions-sitzung am Dienstag beschloßen, den Antrag einzubringen, einen neuen Paragraphen einzufügen, dazu bestimmt, mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs alle kommunalen Abgaben auf Brot und Fleisch aufzuheben. Ferner haben die Fraktionen beschloßen, gegenüber dem Antrage des Centrums wegen Verwendung der Mehrerträge aus dem neuen Tarife für Witwen und Waisen zu bestimmen, daß von 1903 ab eine Summe von jährlich 70 Millionen Mark für die Witwen und Waisen verwandt wird, welche flüssig zu machen ist durch Aufhebung der Ausfuhrprämien für Zucker und durch Aufhebung der Liebesgaben für die Branntweinbrenner.

Die Kreuzzeitung schreibt: Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstag das Gerücht verbreitet, ein Teil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Zolltarifvorlage für Getreide eingefügten Sägen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntnis nicht die Rede sein; im Gegenteil sind die konservativen Abgeordneten einmütig der Ueberzeugung, daß diese Säge nicht ausreichen, der Landwirtschaft den genügenden Schutz angedeihen zu lassen! Desto besser!

Centrum und Bund der Landwirte stehen noch immer an der Brotwucherbrücke und wollen jeder den anderen voranziehen lassen, weil keiner den anderen im Rücken haben will. Auf die Dauer wird diese Situation ungemütlich und der Bund der Landwirte ist daran, zu Mitteln fanfter Gewalt zu greifen. Zu diesem Zwecke versucht er neuerdings einen agitatorischen Einbruch in das Gebiet des Centrums. Von „mißglückten Zufahrenritten“ des Bundes der Landwirte in Centrumskreise weiß die kölische Volkszeitung zu erzählen. Im Kreise Gainsberg (Regierungsbezirk Aachen) sollten in letzter Woche Versammlungen in sechs verschiedenen Orten stattfinden. In Aachen war das angekündigte Lokal nicht zu finden. Zum zweiten Orte, Wildenthal, gelangte ein Telegramm, der Redner könnte wegen Heiserkeit nicht kommen. In Wassenberg suchte der Wanderredner sein Lokal und fand es nicht, weil es nicht existierte. In Esfeld und Karlen gab niemand seine Räume her. In Venacharten, Weilenkirchener Kreize, in Tripsdrath, fand der Bundesredner auf dem Tisch die Warnung vor sich

liegen: Mittel nach den falschen Propheten, die in Schaff...

Die Germania hat für das Vorgehen des Bundes ein...

Vom Duell Bennigsen-Falkenhagen wird berichtet, es sei...

Da die strafgerichtliche Verfolgung des Ehebruchs nur über...

Die Leiche des erschossenen Landrates wurde gestern in...

Falkenhagens Vater ist preussischer Landtagsabgeordneter...

Die Budgetkommission des Reichstags lehnt die Ver...

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Müller-Sagan (frei. Vp.)...

Graf v. Noon befürwortete die Forderung eines Stabs...

Abg. Dr. Haffe (nat.-lib.) beanstandete sie, weil er nicht...

Kriegsminister v. Goltz betont, Kriegsministerium und...

Die Forderung für einen Stabsoffizier im Militärkabinett...

Bei Kap. 24 Tit. 2 befürwortete Abg. Dr. Müller-Sagan...

Abg. Prinz Arenberg (Centr.) führte aus, diese Wirtschaft...

Abg. Dr. Müller-Sagan zog Vergleiche zwischen den in...

Abg. Dr. Müller-Sagan wies diese Auffassung als irrtümlich...

Bei Kap. 24 Tit. 7 erklärte ein Vertreter der Kriegsver...

Bei Kap. 32 macht v. Goltz betreffs Vermehrung der...

General v. Einem betont, daß die Zahl der Seuchenfälle...

Abg. Dr. Müller-Sagan bedauert, daß die Zivilverwaltung...

Die Abgg. v. Tiedemann und Graf v. Noon bestritten...

General v. Einem weist nach, daß die Heeresverwaltung...

Abg. Müller-Sagan begründet an einem einzelnen Fall...

Die Abgg. Graf Noon (kons.) und Dr. Tiedemann...

Bei Kap. 35 Tit. 10a ergeben sich weitreichende Erw...

der Militärtechnik weiteren Ausbau zu geben. Im Brückenbau...

Diesem Zweck stimmt Abg. Dr. Haffe (nat.-lib.) zu; derselbe...

Kriegsminister v. Goltz warnt vor einer Zersplitterung...

Abg. Prinz Arenberg (Centr.) fordert eine neue militär...

Abg. Graf Stolberg (kons.) erachtet die Forderung für so...

Nachdem noch Abg. Häfing (nat.-lib.) bemängelt hat, daß...

Bei Kap. 35, Tit. 19-22, wird einstimmig abgelehnt, dem...

Ob Sädel oder Pistole - darüber ist im Tag des Herrn...

Ich bin durchaus kein Gegner davon, daß in einzelnen Fällen...

Herr v. Populawski renonmiert mit seinen Duellen. Das...

Die Landtagswahl in Frankfurt hat den Sieg des Frankfurter...

Breslau, 21. Januar. Der wegen Soldatenmißhandlung...

Bosen, 21. Januar. Die Ansiedlungskommission hielt heute...

Neue politische Nachrichten. Wie der Schwäbische Merkur...

Nordamerika.

Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten! - Ein Protest.

New York, 22. Januar. Es geht nicht schnell genug mit...

Das Kongressmitglied Smith hat einen Antrag eingebracht...

Reichstag.

128. Sitzung. Dienstag den 21. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Volk-Saarbrücken (nat.-lib.) beantragt...

Abg. Lenzmann (frei. Vp.): In den Zeugnisaussagen bestehen...

brante aufzuheben und die Stimmabgabe kontrolliert hätten, die...

Abg. Dr. Semmler (nat.-lib.): Unsere Fraktion verurteilt jede...

Abg. Taubach (Centr.): Es ist festgestellt, daß der Gruben...

Abg. v. Brockhausen (kons.): Es gehört nicht zu den Aufgaben...

Abg. Uner (Soz.): Herr Lenzmann hat gerade kein Loblied...

Dr. Arendt (Reichspartei): Alle Parteien sind in der Ver...

Abg. Schwärze-Dippstadt (Centr.): Wahlbeeinflussungen sind...

Nachdem noch unter großer Unruhe des Hauses die Abgeord...

Die Wahl des Abgeordneten Grafmann (nat.-lib., 4. Marien...

Abg. Singer (Soz.): Die Wahlprüfungskommission stellt sich...

Der Standpunkt der Kommission ist nicht haltbar. Die Aus...

Abg. Lenzmann (frei. Vp.): In den Zeugnisaussagen bestehen...

(Fortsetzung in der Beilage.)

Dazu eine Beilage.

Veranstaltungskalender.
Mittwoch: Vortragsveranstaltung.
Donnerstag: Verein für Naturheilkunde I.

Theatervorstellungen.
Neues Theater.
Mittwoch den 22. Januar: 21. Abend. Vorstellung (1. Serie, grün): Die Tochter des Regiments.

Die Tochter des Regiments.
Komische Oper in 2 Akten.
Nach dem Französischen des St. Georges und Bayard und Holländ. Musik von Donizetti.

Die Abreise.
Musikalisches Lustspiel in 1 Akt.
Musik von Eugen d'Albert.

Ein Kammermädchen.
Nach der 1. Oper findet eine längere Pause statt.
Einlass 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Altes Theater.
Mittwoch den 22. Januar:
18. vollständige Vorstellung zu halben Preisen.
Die Anna-Liese.

Die Geschwister.
Schauspiel in 1 Akt von Goethe.
Wilhelm, Kaufmann.
Marie, seine Schwester.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.
Donnerstag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Milchsuppe mit Zucker und Brot.

Report über die Leipziger Produkten-Börse.
Weizen per 1000 kg netto inländischer 169-175 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto inländischer 180-182 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto ausländischer 146-152 Brf.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt
hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Notensteher-Gehilfen-Verband, Leipzig.
Die auf Montag den 27. Januar angesetzte Generalversammlung beginnt nicht abends 8 Uhr, sondern 1/8 Uhr.
Metallarbeiter!

Neuer Gasthof Paunsdorf.
Schönstes u. größtes Stabliement der Umgegend.
Nächsten Sonntag den 26. Januar 1902 Grosse öffentliche Ball-Musik.

Kellnerlehrlinge für Hotels, Restaurants, Bahnhöfe per Ostern gesucht.
Hauptstellen nachweis, Kellnerbund Leipzig, Querstr. 18.

Burghof, Burgstr. 14.
Heute und folgende Tage
Grosses Bockbierfest und humorist. Doppel-Konzert.

Westvorstädtische Möbelhallen
L. Lindennau
Ecke Gundorfer Str. und Marlanstr. 28.

Fama
bester und billigster Ersatz für
Molkereibutter.

Wohnungsanzeigen.
Sch. Vogts, 235 A, 1./4. v. m., auch Schlafst. f. Mädchen od. Herrn Baumannstr. 11, II. l.

Gaudlitz's Restaurant, Seeburgstrasse 84
Renoviert!
Verkehrslokal mehrerer Gewerkschaften.

Cigarren, Cigaretten Kautabak (Genossenschaft)
empfiehlt E. Poppe, Lindenau 220 | Mersburger Str., a. d. Ratswaage.

Mispollern Sofas v. 6 Mk. an
Rich. Arnolds Möbelhallen
Leipzig-Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 66.

Familienanzeigen.
S. I. Freund u. Kollegen D. Gröschner zum Geburtstag die herzl. Glückwünsche.

Restaurant-Uebernahme.
Einem geehrten Publikum, sowie der werthen Nachbarschaft, Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich das
Restaurant und Café
„Zur Reichskrone“
Volkmarsdorf

Stollen-Steuer
seit 16 Jahren bestehend, empfiehlt
Oskar Petzsche, Leipzig
Friedrichstraße 1.

Vermischte Anzeigen.
Frau Marie Seiffert
Leipzig, kurze Straße 17, II.
erteilt Rat in Frauenleiden.

Familienanzeigen.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnisse unseres lieben Kindes sagen wir Freunden, Kollegen und Genossen unseren besten Dank.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

es ist aber von ihm eine Photographie verlangt worden. Einem anderen Zeugen wurde, als er den Militärpakt vorgelegt, gesagt: „Den können Sie ja gestohlen haben.“ Sie müssen ein Signalment vom betr. Amtsvorsteher haben. Als er das nicht vorweisen konnte, wurde er aus dem Lokale gewiesen. Wenn Sie das Wahlrecht schützen und verhindern wollen, daß Beeinflussungen den Wählern gegenüber angewandt werden, dann können Sie nicht eine Wahl, bei der solches vorgekommen ist, für gültig erklären. Einen indirekten Beweis für die Berechtigung meiner Ausführungen giebt auch der gewählte Abgeordnete selbst, indem er es vorzieht, sich an unseren Verhandlungen nicht zu beteiligen. Ich kann es ihm nachsehen, daß er ein so erworbenes Amt nicht gern ausübt. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Kommission abzulehnen und die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Brendt (Middsp.): Wir haben stets dafür gestimmt, daß Ausweisungen einzelner Personen aus Wahllokalen nicht zur Ungültigkeitserklärung ausreichen. Die Sache liegt hier so, wie beim Abg. Voelbel.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Im Falle Voelbel waren amtliche Beeinflussungen durch das Schreiben des Landrats festgestellt. Abg. Fischer-Berlin (Soj.): Die Wahl muß kassiert werden aus denselben Gründen, wie sie im Falle Voelbel und wie sie auch im Falle Boly heute kassiert worden ist. Das Centrum muß schon deshalb für die Ungültigkeit stimmen, um dem Verdacht zu begegnen, daß es vor einer Stunde nur deshalb für die Ungültigkeit gestimmt hat, weil es sich um einen Centrumskandidaten gehandelt hat. (Unruhe im Centrum.)

Auch in diesem Falle liegt tatsächlich eine amtliche Wahlbeeinflussung vor. Hätten wir auch im Falle Voelbel prüfen müssen, ob die Beeinflussung wirklich erfolgt sei, so hätten wir Erhebungen darüber anstellen müssen, ob das Rundschreiben in die Hände sämtlicher Wahlvorsteher gekommen sei und ob sie nicht trotz des erhaltenen Schreibens aus eigener Initiative gehandelt hätten. Natürlich hätten sie dann auch behauptet, aus eigener Initiative gehandelt zu haben. In diesem Falle sollen Genannten das Schreiben des Landrats verbreitet haben. Würde man sie hier nach befragen, so würden sie sich nicht mehr an eine Handlung vor 3 1/2 Jahren erinnern können, weil sie ihrem Anstand unangenehm ist. Ja, wenn es sich um eine Maßregel gegen Sozialdemokraten handelte, würden sie sich nach 5 Jahren noch jeder Einzelheit erinnern. Wie hier die Sache liegt, muß die Wahl kassiert werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wachtel (freil. Vog.) ist der Meinung, daß hier keine Ungültigkeit aus der Beschränkung der Öffentlichkeit des Wahloberfahrens herzuweisen ist.

Abg. v. Brodhausen (kons.): Die preussische Gendarmerie steht so himmelhoch, daß die Angriffe des Abg. Fischer nur mit Entwürdigung vom ganzen Vaterland zurückgewiesen werden können.

Präsident Graf Ballestrem: So wie es der Redner vorgebracht hat, hat es der Redner nicht gesagt, daß hätte ich nicht gebildet. Abg. Fischer hat nur davon gesprochen, daß das Gedächtnis nach 3 1/2 Jahren schwächer geworden sei und daran seien weitere Bemerkungen geknüpft.

Abg. Spahn (Centr.): Eine amtliche Wahlbeeinflussung des Landrats ist nicht nachgewiesen.

Abg. Singer (Soj.): Es kann nicht darauf ankommen, ob eine unzulässige Wahlbeschränkung auf behördliche Anordnung erfolgt ist oder nicht. In diesem Falle aber steht die behördliche Beeinflussung durch die Aussage des Landrats selbst fest. — Herr Wachtel hat vorgeschlagen für die Ungültigkeit der Wahl des Abg. Boly gestimmt; jetzt freilich handelt es sich um einen Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung. —

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abg. Singer, Sie dürfen einem Kollegen nicht Motive unterstellen, die er selbst nicht angiebt.

Abg. Singer (fortfahrend): Herr Wachtel versuchte einen Gegensatz zwischen dem Abg. Kuer und meiner Fraktion zu konstruieren wegen dessen Verhalten bei der letzten Abstimmung in der Wahlprüfungskommission. Bei der prinzipiellen Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl hat Abg. Kuer aber mit der Minderheit gestimmt.

Abg. Fischer-Berlin (Soj.) bestätigt die Angaben des Vorredners.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Diskussion geschlossen. Dem Kommissionsantrag entsprechend wird die Wahl des Abg. Haniel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Sieg (nat.-lib., Graubenz) beantragt die Kommission (Berichterstatter Abg. v. Garlinski [Vole]) für ungültig zu erklären.

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Es handelt sich hier einzig darum, ob in einem einzelnen Falle in einem Bezirk der Wahlvorstand nicht vorschriftsmäßig besetzt war. Ich halte es nicht für richtig, daß der Antrag auf weitere Beweishebung in der Kommission abgelehnt wurde. Auf die Aussage eines einzigen Arbeiters kann die Wahl nicht für ungültig erklärt werden. Ob der Arbeiter

beeinflusst war, ist natürlich nicht festzustellen. Ich bitte also dringend, unserem Antrage auf weitere Beweishebungen stattzugeben.

Abg. Gieseler (Vole): Es handelt sich hier um einen groben Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Wahlgesetzes.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) beantragt: die Sache wieder an die Kommission zurückzuverweisen, um das neue Material zu prüfen. Der Antrag Spahn wird hierauf gegen die Stimmen der Polen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Lesung des Etats des Reichstags, des Reichsanwalts mit Reichsamt der Innern.)

Siebente Sitzung der Zolltariffkommission.

Berlin, 21. Januar 1902.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Die Konferenzen der Zollfreunde nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Wie sie der Verständigung, richtiger der Kompromisselei dienen, das zeigte die heutige Kommissionsberatung. Der Antrag der Agrarier, die Zute-Industrie zu „schützen“, ist nur gestellt, um den Agrariern die Gefolgschaft der schutzlosen Industriellen für die Getreidezölle zu sichern. Das wurde ihnen auf den Kopf gesagt. Die Ablehnung ändert an dieser Thatsache nichts. Schon aus der Diskussion ist ersichtlich, daß die Zute-Industrie des angeblichen Schutzes nicht bedarf; um so ungefährlicher war es für die Agrarier, sich diesen Zollpost zu leisten. Die Nationalliberalen parieren Order, aber vom Centrum entzogen sich einige den agrarischen Lockungen. Auch sie konnten sich das leisten, da sie nach den vorher getroffenen Abmachungen wußten, daß eine Mehrheit für den Antrag stimmen würde. Mit der Opposition ging diesmal die Regierung gegen den Antrag Wangenheim vor, erlitt aber mit dieser eine Niederlage, der Valt der Fällner behauptete sich.

Im Plenum dürfte der Antrag eine weit ausgedehntere Debatte hervorbringen. Dann dürfen sich die Agrarier diese „Verschleppung des Zolltariffs“ auf ihr Konto schreiben.

Das übrigens den der Opposition gemachten Vorwurf der „Verschleppung“ anbeht, so sei folgender Vorgang dagegen erwähnt. Als dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn v. Kardorff, nach den ersten Sitzungen von einem Mitgliede des Hauses gesagt wurde, es schienen die Kommissionsitzungen sich sehr schwinde und hinführend zu gestalten, erwiderte Herr v. Kardorff: „O nein, es klappt jetzt alles, wir kommen gut vorwärts.“ Wir denken, dies Zeugnis könnten sich die Dexte und Konsonen hinter die Ohren schreiben. Auch heute „klappte alles“.

Vor Beginn der Beratung fragt Singer an, ob die Regierung glaube, mit der Vorlegung des Materials des Landwirtschaftsministeriums dem Wunsche der Kommission nachzukommen zu sein, das Beratungsmaterial des Wirtschaftlichen Ausschusses vorzulegen.

Der Vorsitzende erwidert, die Diskussion darüber auszusprechen, bis der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, antwortend sei. (Das geschieht.)

Die Diskussion darüber setzte sich dann nach Erledigung der Nr. 7 fort.

Graf v. Posadowsky: Die Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses können nicht herausgegeben, weil sämtliche Sachverständigen die Versicherung gegeben wurde, sie ganz vertraulich zu behandeln. Es sind darin Geschäftsgeheimnisse z. n. niedergelegt, die der Konkurrenz des Auslandes nicht preisgegeben werden dürfen. Inbess, wir wollen sehen, welche Teile wir vielleicht der Kommission zur Verfügung stellen können.

Singer: Das ist doch ein eigentliches Verfahren, das die Regierung einschlägt. Wenn das Material für die Gesetzgebung verwertet werden soll, muß es doch auch der Reichstag prüfen können. Uebrigens besteht die Kommission daselbe Maß von Feinfühligkeit und Takt bezüglich der Vertraulichkeit, wie andere und außerdem war die Enquete eine einseitige. Es sind nur Unternehmer, aber keine Arbeiter über die Produktionsverhältnisse vernommen worden, das heißt also die Kontrolle für die Richtigkeit der Angaben. Immerhin wünschen wir, das Material einzusehen, da es auf den Zolltariff Bezug hat. Für die Kommission sind die von der Regierung angegebenen Gründe nicht maßgebend.

Vorsitzender: Ich habe die Diskussion über die aus gesprochenen Wünsche bis jetzt zugelassen, erlaube aber, sie nun abzuschließen.

Dr. Mehl: Die Diskussion ist notwendig, denn das von der Regierung eingeschlagene Verfahren ist sehr bedenklich. Nach der Eisen- und Baumwollen-Enquete sind die Protokolle dem Reichstag vorgelegt worden.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und giebt bekannt, daß Singer und Genossen einen Antrag eingebracht haben, der die Vorlegung der Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses verlangt. Der Vorsitzende will diesen Antrag bei Beginn der nächsten Sitzung zur Verhandlung bringen, womit man allseitig einverstanden ist.

Die Beratung über das Gesetz beginnt mit Ziffer 7 § 6,

nach dem Reisende, Fuhrleute, Schiffer und Schiffsmannschaft die zum eigenen Verbrauch mitgeführten Verzehrgegenstände höchstens in einer auf zwei Tage berechneten Menge mitzuführen dürfen.

Ein Antrag Geyer und Genossen will statt 2 Tage „eins Woche“ gesetzt wissen.

Geyer beantragt, die Zeitfrist überhaupt zu streichen. Singer, Stadthagen, Geyer, Götzein vertreten diese Anträge, während Unterstaatssekretär v. Fischer dieselben bekämpft; er fürchtet Zolldefraudationen. Der Antrag Götzein wird zurückgezogen, der Antrag Geyer und Genossen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

§ 5 Ziffer 8 setzt die Zollbefreiung für Fahrzeuge und deren Ausstattungsgegenstände, für Transporttiere und das Futter für dieselben fest. Götzein beantragt einen Zusatz, der abgelehnt und darauf Ziffer 8 in seiner Fassung belassen wird.

Zu Ziffer 9 beantragen v. Wangenheim und Genossen: „Die Kommission wolle beschließen: die Ziffer 9 des § 6 wie folgt zu fassen: 9. Umschließungen, mit Ausnahme von Säcken und Stoffen zu solchen, sowie Schutzdecken und andere Verpackungsmittel, auch Webebäume, Holz- und Papprollen und dergleichen, die zum Zwecke der Ausfuhr von Waren eingeführt, oder, nachdem sie nachweislich dazu gedient haben, aus dem Auslande wieder zurückgebracht werden.“

Im ersteren Falle ist der Nachweis der Wiederausfuhr, unter Festhaltung der Identität, binnen einer angemessenen Frist und nach Befinden, Sicherstellung des Rolles zu fordern; es kam hiervon abgesehen werden, wenn die Umschließungen z. gebrauch sind und kein Zweifel darüber besteht, daß sie zur Ausfuhr von Waren bestimmt sind.

Alle Säcke, die zum Zwecke der Ausfuhr inländischer Erzeugnisse eingeführt werden, sind zollpflichtig. Wenn aber diese Säcke unter Feststellung der Identität gefüllt ausgeführt werden, so ist die Hälfte des Rolles zurückzuverleihen.“

v. Wangenheim vertritt den Antrag. Die Zute-Industrie müsse geschützt werden, denn alljährlich würden 13 Millionen Säcke importiert. Wenn die Landwirtschaft hier ein kleines Opfer für die Zute-Industrie bringe, so thäte sie das aus nationalen Gründen.

W. Müller-Pulda: Wenn durch den Antrag eine prinzipielle Aenderung herbeigeführt wird, so schaffen wir sonderbare Zustände. Wir ziehen unseren Antrag bez. der Zute-Industrie zurück, um das Prinzip zunächst zum Durchbruch zu bringen, daß Säcke zollfrei sind, wenn sie nachweislich der Ausfuhr von Waren dienen. Man gewährt der Zute-Industrie große Vorteile durch die Gewährung von ca. 35 Millionen Exportkontingenten und es beruht sonderbar, sie nun für Säcke mit 6—700 000 Mt. höchstens zu belasten. Denn sie hat für die Zollerrträge höhere Preise zu zahlen.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Im Bundesrat ist die Sache sehr eingehend erörtert worden. Die Regel, nach der verfahren wurde, finden Sie in § 114 des Vereinszollgesetzes. Denken Sie an die Konsequenzen des Antrags. Was Sie heute der Zute-Industrie gestatten, müssen Sie morgen der Rüstindustrie geben. Ob die Maßregel überhaupt den Effekt hat, den die Antragsteller behaupten, ist sehr die Frage. Der Zoll wird schmerzlich die Einfuhr hindern. Neben der Zute-Industrie kommen noch andere Industrien, auch der Getreidehandel in Betracht. Die technischen Schwierigkeiten sind ebenfalls zu berücksichtigen. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen. Wenn Mißbräuche vorkommen, können Maßnahmen auf Grund der vorliegenden Bestimmungen getroffen werden. Ich muß bitten, unter allen Umständen den Ausdruck „von Stoffen“ zu streichen, er würde aber, den Antrag überhaupt abzulehnen.

Bundeskommissar Wermuth fügt den Ausführungen Unterlagen bei auf Grund ziffermäßiger Angaben über die Zute-Industrie. Eine Skalamität in der Zute-Industrie ist jetzt nicht vorhanden.

Stadthagen: Nach verschiedenen Angaben müßte man annehmen, die Zute-Industrie sei in schlimmer Lage. Redner giebt ein Bild der Entwicklung der Zute-Industrie in den letzten 10 Jahren, die um das Siebenfache sich vergrößert habe, nach der Zahl der Spindeln z. Der Antrag v. Wangenheim ist dem Grundfah entsprungen, eine Hand wäscht die andere. Was darf nicht in die Gesetzgebung eingeführt werden. Die Pladereien, die der Antrag nach sich zöge, übersteigen vielleicht alles, was bisher an Zollpladereien vorgekommen ist. Vom Verkehrstandpunkte aus ist der Antrag ebenfalls abzulehnen.

Der Vorsitzende verweist zum zweitenmal auf die zahlreich angemeldeten Redner, allein die Antragsteller reagieren auf diesen Hinweis, der eine Zurückziehung des Antrags nahe legt, nicht.

Bundeskommissar Hoban spricht ebenfalls gegen den Antrag.

Fischer: Die Angaben des Herrn v. Wangenheim über angebliche Erleichterungen des Verkehrs und Unterstützung der Industrie passen bezüglich der Zute-Industrie wie die Faust aufs Auge. Redner legt dar, daß die jüngsten Schwankungen in der Produktion der Zute-Industrie nicht vom Inlandsmarkt abhängen. Die Zute-Industrie soll ohne diesen Antrag danach

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Januar.

Zweites Gastspiel des älteren Coquelin.

(Tartuffe und Les précieux ridicules von Molière.)

Western erst haben französische Literatur und französische Schauspielkunst in Leipzig unter Coquelins Feldherrnhaftigkeit einen völligen Sieg errungen. Ein Parquet von Gelehrten und Künstlern, eine Galerie von Studenten und Kunstjüngern hat Molière und dem Geiste des Théâtre-Français ihre Huldigung gebracht. In wenigen Wochen sollen einige unserer besten deutschen Künstler, von einer Schar Leipziger Studenten geleitet, als Interpreten Friedrich Schillers Götze der Pariser sein. Da darf denn auch des unvollständigen Kritikers Mund von dem übergehen, dessen das Herz voll ist, und er darf die friedlichen Bande preisen, die sich um zwei große Kulturnationen schlingen als Zeichen des Friedens und der gegenseitigen Verbrüderung.

Western erst durfte man zu jenem ewig klaren Quell emporensteigen, aus dem Herrn Emil Augiers trübe Lelche ihr Gewässer sammelten. Man atmet freie Höhenluft. Augier erzählt uns Fabeln, die niemals wahr gewesen sind, Molières stittliche Wahrheiten sind nach einem Vierteljahrtausend noch frisch lebendig. Tartuffe lebt noch, nicht bloß dem Namen, auch dem Wesen nach. Tartuffe, der keinen unbedeckten Arsen sehen kann und geil nach seines Wohlthäters Weibe trachtet, Tartuffe, der Wasser predigt und Wein trinkt, der frömmelnd fremdes Gab und Gut umschleicht und Hochverrat und Verschönerungen nachschmeißelt, er lebt als die würdige Stütze des Staates und der Kirche. Er grünet Stittlichkeitsvereine, kämpft für die lex Heinze, er sucht Arbeiter durch Verführung zum Verrat an ihren Organisationen zu verleiten und ist noch heute davon überzeugt, daß nur das ein Standal ist, was Ausscheln erregt. Moderner Begriff, nicht historische Erscheinung ist er auch in Coquelins Darstellung. Halb Redner und halb Pflaffe, lebensfrisch und fräftigen Sinnhaben ausgerüstet, ein unständes lauerndes feiges Paudler. So besitzt seine Maske fast unbeweglich bis zum Schluß, bis nach der Enttarnung. Man hat das Gefühl, daß dieser Mensch so sehr mit seinem zweiten Gesicht ver wachsen ist, daß er es auch in Augenblicken des Unbewußtseins und der Erregung nicht abzuliegen vermag. Es ist ein Virtuös der Heuchelei, der seiner Rolle vollkommen sicher ist, und nur das Spiel der Augen und ein leises

Spelen der Mundwinkel giebt Kunde von dem geringen Instinkt, die unter der Hülle albernere Ergebnisse verborgen bleiben. Wer Coquelin erst seit vorgertern abend kannte, durfte überrascht sein, daß der Künstler auf alle kleinen Mittel und alle tausendfältigen Nuancen verlichtete, die sich dieser Rolle förmlich aufdrängen, und daß er es — im Sinne der reinsten Kunst — vermied, den großen Zug der Darstellung durch Ueberladung mit amüsanten Details zu verwischen. Daß ihm schließlich nach seiner Enttarnung jene unheimliche Gewalt und Größe fehlt, die man von ihm billigerweise erwarten durfte, liegt nicht nur in seiner Begabung, die mehr auf das Liebenswürdig-Romische gerichtet ist, sondern auch in dem Umstand, daß in französischen Komödien wie in deutschen Puppenspielen der Teufel immer doch der Geppelle bleibt. Da muß man schließlich resigniert werden! Diesem Stil paßt sich Coquelins Spielweise vollkommen an, er wird nie die Personifikation der triumphierenden Gemeinheld, sondern bleibt immer nur der bummle Teufel, dem die Stittlichen und Gerechten an Glück und Geschicklichkeit immer über sind. So muß ihm, der ein Meister in seiner Art der Kunst ist, das Lob verweigert werden, daß er ein realistischer Künstler wäre. Nach diesem Vorber hat er freilich auch nie getrebt.

Die lustige Komödie von den lächerlichen Brezissen, die durch eine tolle Maskerade von ihren verschrobenen Romanideen gebillt werden, wirkt immer noch amüsant genug. Coquelin giebt hier die Rolle des Dieners Masquarille, der vor dem gespreizten Jungfräulein den Kavalier spielen muß. Diese Rolle, die auch für Geringerer dankbar ist, stellt Coquelin mit einer Reihe der lustigsten Nuancen aus. Strücker und hinüber schwankt sein ergötliches Spiel zwischen Stittlichkeit und Junker und über allem liegt jene gutmütig grinsende Selbstgefälligkeit, deren Ausdruck bei Coquelin niemals seine Wirkung verliert.

Das Ensemble fand ich lange nicht so schlecht, wie es die Berliner gemacht haben. Sehr schlimm ist es ja allerdings, daß das Pfladepaar der ersten Komödie (Herr Voling und Fräulein Spindler) vollkommen farblos bleibt. Aber an prächtigen Einzelleistungen fehlt es nicht. Die Dorine der Bouquetal, die Bernelle der Leimereter, auch der Orgon Duquernes können überall in Ehren bestehen. Frau Margarethe Durand freilich, die vor fünfzehn Jahren ein bedeutendes Mitglied des Théâtre-Français gewesen ist, seitdem aber als Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung und Redaktrice der Fronde einen lauterer Ruf gewonnen hat, scheint viel vergessen und verloren zu haben. Im zweiten Stücke über-

raschte Fräulein G. Darby, das am Montag als Chlorinde so unaussprechlich langweilig war, durch Witz und Temperament.

Der Velfall war stürmisch und wollte kein Ende nehmen.

Friedrich Stampfer.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Donnerstag das Schauspiel Alt-Heidelberg wiederholt. — Im Alten Theater wird wegen Hesselert des Frä. Linda an Stelle der Supphöden Operette Das Pensionat und Flotte Burche Offenbachs Burlesk-Operette Die schöne Helena gegeben.

Freitag geht im Neuen Theater als 28. Abonnementsvorstellung (III. Serie weiß) die neue Oper Lulise in Scene. Die Oper beginnt um 7 Uhr. — Im Alten Theater ist für Freitag Die rote Robe angelegt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater nachmittags 1/3 Uhr für die Leipziger Volksschulen Wilhelm Tell. Ueber sämtliche Plätze ist verfügt. Abends gelangt als 24. Abonnementsvorstellung (IV. Serie braun) Der Raub der Sabinerinnen zur Aufführung. — Im Alten Theater findet die Erst-Aufführung der neuen Operette Jadwiga von Rud. Dellinger statt. Die Besetzung ist die folgende: Graf Kropinski: Herr Franz Groß; Sonja, seine Tochter: Frä. Kestling; Michael von Wisnowiewski: Herr Sturmfeld; Graf Leo Wolski: Herr Greiner; Baron Starga: Herr Probst; Henryl von Gorka: Herr Heine; Jan Sulkowski: Herr Sulkowski; Jadwiga: Frau Stegmann-Wolff; Kasmira: Frä. Wuse. Die Regie führt Herr Regisseur Unger, die musikalische Direktion Herr Kapellmeister Meyer.

— Ernst Wichert ist gestern, den 21. Januar, im Alter von 71 Jahren gestorben. Wichert war 1831 zu Ansternburg geboren, studierte Jurisprudenz und wandte sich der richterlichen Laufbahn zu. Im Jahre 1858 trat er mit einem Schauspiel Unser General York in die Öffentlichkeit und ist seitdem einer der fruchtbarsten Schriftsteller geworden. Er veröffentlichte Romane, Novellen, Schauspiele und Lustspiele. Seine Charaktere besonders wurden von dem Theater gerne gespielt. Man kommt in Verlegenheit, wenn man aus der langen Reihe seiner Werke einzelne als hervorragend hervorheben will. Denn erstens einmal wird es überhaupt nicht viele Leute geben, die über die überaus reiche Produktion des Dichters eine geordnete Uebersicht besitzen, dann aber zeichnet sich so ziemlich alles durch ein gewisses liebenswürdiges Durchschnittsmaß der Geschicklichkeit aus.

Der Kammergerichtsrat und Geheimrat Wichert gehörte

streben, auf einen vernünftigen Standpunkt der Produktion zurückzuführen.

Wangenheim (nat.-lib.) schließt sich den Ausführungen von Wangenheims an. Mit dem Antrag sei die mittlere Linie im Schlußsatz getroffen. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Herold (Centr.) hat prinzipielle Bedenken gegen den Antrag nicht. Die Güter werden im Inland weiter verwendet, schädigen also die inländische Produktion. Der Antrag ist ein Kompromiß und trifft den Mittelweg, da er den halben Zoll bei der Verwendung zur Ausfuhr rückvergütet.

Bundeskommissar Wermuth stellt fest, daß die Interessenten selbst nicht festgehalten haben an dem Kompromiß.

Wangenheim: Wir Agrarier werden immer als Feinde der Industrie bezeichnet; unser Antrag zeigt, daß wir der Industrie in notwendigen Fällen gern unsere Unterstützung leisten. Ein Teil der Zuteilfabriken kämpft um seine Existenz. Die Stadthagenschen Angaben über die starke Entwicklung der Zuteil-Industrie spricht für meinen Antrag. Solche Industrien wollen wir schützen, damit auch die Arbeiter Arbeit haben.

Mollenhuth: In der Zuteilfabrikation wird nicht nur ein deutsches Fabrikat verarbeitet, es sind in ihnen auch sehr viel ausländische — böhmische und polnische — Arbeiter beschäftigt, die billige Löhne erhalten. Das illustriert die Ausführungen v. Wangenheims, der den nationalen Standpunkt seines Antrags hervorhebt.

Paasche: Schließen wir die Zuteil-Industrie, so sehen wir sie in den Stand, höhere Löhne zu zahlen und deutsche Arbeiter zu beschäftigen.

Bundeskommissar Wermuth erklärt, daß 30 000 Arbeiter in der Zuteil-Industrie beschäftigt werden; hiervon sind ausländische Arbeiter, weise er augenscheinlich nicht anzugeben.

Wolke in polemisiert gegen Paasche, der auf die Getreide-einfuhr exemplifiziert hatte. Die „praktischen Erwägungen“ Paasches und Herolds treffen das richtige nicht und verletzen das Prinzip. Man darf keine künstliche Prosperität in der Zuteil-Industrie schaffen.

Singer: Die Zuteil-Industrie hat den guten Willen nicht gezeigt, höhere Löhne zu zahlen und inländische Arbeiter zu beschäftigen, als hohe Dividenden gezahlt wurden. Die Schiffsbauer Zuteilfabrik zahlt 9 Mk. Löhne. Von den 30 000 Arbeitern sind sicher, um die mittlere Linie, die Sie immer annehmen, einzuhalten — 15 000 ausländische Arbeiter. Der Antrag ist das Produkt eines Paktes zwischen Agrariern und hochschulpflichtigen Industriellen. (Widerspruch der Agrarier.) Jawohl, meine Herren, das geht aus Ihren eigenen Ausführungen hervor. Merkwürdig, wenn man eine Leberproduktion angeblich durch einen Zoll verhindern will. Das bringen Sie nicht fertig. Die Agrarier haben den Zuteilfabrikanten das Versprechen gegeben, für die Position einzutreten und nun sehen sie ihre Macht hierfür ein, obwohl fest steht, daß kein Vorteil daraus für das Land entspringt.

Gamp: Wir stützen die nationale Industrie durch Annahme des Antrags. Aber besser wäre es, die ganze Nr. 9 des § 5 würde gestrichen.

Lurz (Centr.): Nationale Interessen werden durch den Antrag nicht gefördert. Er wird Repräsentanten seitens des Auslands hervorrufen, dann haben wir mehr Schaden davon.

Komierowski ist für den Antrag.

Müller-Pulba: Mit dem Antrag nimmt man eine Industrie und gibt der anderen. Die 700 000 Mk. zahlt die Zuckerindustrie, in letzter Linie die Milchwirtschaft. Wenn Unternehmungen in der Zuteil-Industrie voriges Jahr 33 Prozent Dividende gezahlt haben, in diesem Jahr nur 15 Prozent, so kann man von einer Notlage doch nicht reden.

Schwering-Löw: Wenn Singer es so darstellt, daß die Antragsteller sich die Gunst der Industrie durch diesen Antrag erkaufen wollten, so ist das nicht richtig. Die Landwirtschaft ist selbst daran beteiligt, denn sie erhofft Förderung ihrer Interessen, wenn der allgemeine Wohlstand durch Erhöhung der Warenproduktion gefördert wird. Einseitigen Standpunkt halten wir nicht inne.

In der Abstimmung wird der Antrag v. Wangenheim und Genossen mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. Zwei Centrumsmitglieder, Müller und Lurz, stimmen mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

### Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 21. Januar.

20. Sitzung der Zweiten Kammer.

Beginn vormittags 10 Uhr. Petitionen.

Der Ravalrhändler Lehner genannt Albrecht in Dresden beschwert sich wegen angeblich unberechtigter erhobener Verkehrsabgabe. Der Berichterstatter Schneidermeister Braun-Freiberg gibt zu, daß der Fall sehr verwickelt liege, aber man dürfe sich nicht an den Buchstaben halten. Es wird beschlossen, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

zu den beliebtesten Personen der Berliner Gesellschaft. Er war Vorsitzender des Vereins Berliner Presse und trat dort noch in letzter Zeit entschieden für jene Resolution zum Falle Eredensbed ein, in der die Behandlung unseres Parteigenossen als inhuman und schimpflich, sowie als eine Herabwürdigung des gesamten Schriftstellerstandes bezeichnet wurde.

Messung der von Lichtstrahlen ausgeübten Druckkräfte. Schon im 18. Jahrhundert hat man sich mit der Frage beschäftigt, ob die Sonnenstrahlen eine merkliche Stohrwirkung ausüben, allein die feinen Versuche von Michell und Bennet haben nicht die geringste Einwirkung mit Sicherheit erkennen lassen. Bei diesen Versuchen ging man von der Ansicht aus, daß das Licht aus feinen Keilchen bestehe, die der leuchtende Körper nach allen Seiten mit einer Geschwindigkeit von 40 000 Meilen in der Sekunde ausströme. Als später die Theorie allgemein angenommen wurde, daß das Licht nur eine Wellenbewegung des Äthers ist, kam man davon ab, nach einer Stohrwirkung der Lichtstrahlen zu suchen; allein C. Wagnell leitete aus seiner gegenwärtig allgemein angenommenen elektromagnetischen Lichttheorie mathematisch die Folgerung ab, daß die Lichtstrahlen in der Richtung ihrer Fortbewegung auf jeden Körper, von dem sie aufgenommen oder zurückgeworfen werden, einen gewissen Druck ausüben müssen. Dieser Druck ist natürlich außerordentlich klein, er beträgt der Rechnung nach bei senkrechtem Auffallen der Sonnenstrahlen auf den Quadratmeter einer vollständig schwarzen Fläche nur 0,4 Milligramm und für einen vollständig ebenen Spiegel der gleichen Größe 0,8 Milligramm. Das Vorhandensein dieser höchst geringen Druckkräfte konnte experimentell bisher nicht nachgewiesen werden, hauptsächlich infolge der Temperatureinflüsse; erst unlängst ist es dem Professor der Physik an der Universität zu Moskau, Peter Lebedew, gelungen, mittels seiner, höchst sinnreicher Apparate durch zahlreiche Messungen den Lichtdruck tatsächlich nachzuweisen und zahlenmäßig zu bestimmen. Er findet, daß derselbe in gradem Verhältnis zu der Energie des auffallenden Lichtes steht und unabhängig von der Farbe desselben ist. Die Größe der Druckkräfte steht mit der Maxwell'schen Berechnung derselben in guter Uebereinstimmung, sie ist für gewöhnliche Flächengrößen praktisch gleich Null, aber die ganze Erdoberfläche erleidet doch von den Sonnenstrahlen einen Druck, der auf 8 000 000 Centner sich berechnet. Bei einem bewegten Körper muß die Vorderseite von einer größeren Energiemenge getroffen werden als die Rückseite, für die Erde steigt infolgedessen der so entstehende Widerstand nach der Berechnung von Dr. Thiesen höchstens auf 1000 Milligramm, ist also völlig unmerklich. Dagegen hätte er sich bei den Kometschwänzen bemerkbar machen, deren Gestalt und Richtung in Bezug auf die Sonne das Vorhandensein einer abstoßenden Kraft, die auf ihre Materie wirkt, in der That wahrscheinlich machen.

Der emeritierte Lehrer, jetzige Stadtkassenassistent Emil Jilling in Kirchberg bittet um Dispensation von § 11 des Lehrereinstellungsgesetzes vom 26. März 1892. Jilling war 15 Jahre lang als Lehrer im Vogtlande thätig. Wegen eines Halsleidens mußte er den Dienst quittieren. Sein Ruhegehalt beträgt 450 Mark. Er mit diesem Gehalt nicht auskommen konnte, nahm er beim Stadtrat von Kirchberg eine mit 1050 Mark dotierte Kassenassistentenstelle an. Nach dem § 11 des Lehrereinstellungsgesetzes wird das Ruhegehalt nur insofern weiter gezahlt, als es zusammen mit dem neuen Einkommen das früher bezogene Gehalt nicht übersteigt. Da Jilling früher 1500 Mark als Lehrer erhielt, hat der Stadtrat von Kirchberg jede Gehaltserhöhung als zwecklos abgelehnt, weil jede Gehaltserhöhung über 1050 Mark an der Pension gekürzt würde. Der Berichterstatter Gemeindevorstand Heymann-Großhansdorf erklärt, daß nach dem Gesetz jeder Dispens ausgeschlossen sei. Man läßt deshalb die Petition auf sich beruhen.

Oberlehrer Hermann Bräuer in Hildesheim, vormalig in Dresden, bittet um Gewährung einer Entschädigung für entgangenes Gehalt. Bräuer war 18 Jahre lang als Gewerbeschullehrer in Dresden thätig. Seine Lehrthätigkeit löste er nur im ersten und vierten Vierteljahr aus. Das Gehalt wurde ihm monatlich ausbezahlt. Als ihm am 1. April eine Oberlehrerstelle in Hildesheim angeboten wurde, bat er um seine Entlassung und Auszahlung des Gehaltes bis 1. Juli, weil er seine halbe Jahresarbeit geleistet habe. Demgegenüber stellt der Berichterstatter Abg. Müller-Weipzig fest, daß bei einem Beamten die Gehaltszahlung ohne Rücksicht auf das Arbeitsquantum erfolge. Die Petition wird abgewiesen.

Nächste Sitzung Donnerstags vormittags 11 Uhr: Dekret 14 (Ausbehnung der Verwaltungsrechtspflege auf kirchliche Angelegenheiten). Donnerstag den 30. Januar dürfte die Vermögenssteuer beraten werden.

### Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Eisenbahnverwaltung und die Arbeitslosigkeit. In der Arbeitslosenliste im Reichstage ist von unserem Genossen Jurell auch auf die Thalsache hingewiesen worden, daß bei den sächsischen Staatsbahnen trotz der großen Arbeitslosigkeit Arbeiter entlassen worden sind. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte, Graf Hohenthal, hat demgegenüber betont, daß ständige Arbeiter von der Eisenbahnverwaltung nicht entlassen worden seien, eine solche Maßregel auch nicht beabsichtigt sei. Auch das Dresdener Journal kommt heute auf die Sache zurück. Es schreibt: „Haben — wie dies alljährlich und überall geschieht — sich vorübergehend Entlassungen von Aushilfsarbeitern nötig gemacht, so ist dieses Mal besondere Vorkehrung getroffen worden, daß diese ausgelassenen Arbeiter bei staatlichen Bauten in erster Linie berücksichtigt werden. Also auch dieser sozialdemokratischen Behauptung gegenüber ist erwiesen, daß von Staats wegen, trotz der augenblicklich schwierigen Finanzlage, alles geschieht, um der Arbeiterschaft eine besondere Fürsorge zu teil werden zu lassen.“

Wir stellen demgegenüber fest, daß z. B. in Leipzig Arbeiter von der Strecke entlassen worden sind, während in den Vorjahren die Arbeit nach dem vorhandenen Mannschaftsbestande verteilt wurde, indem man die Arbeiter nur tageweise arbeiten ließ. Warum sollte das nicht auch in diesem Jahre möglich gewesen sein? Die Aenderung in diesem Jahre erklärt sich aber daraus, daß durch alle möglichen Manipulationen eine Reihe ständiger Arbeiter überflüssig geworden sind, für die nun durch Entlassung der Streifenarbeiter Platz gemacht werden mußte.

Das Klassenwahlrecht und die Regierung. Der für offiziell geltende Sachsenpiegel Jalle kürzlich die Meldung gebracht, daß man in den maßgebenden sächsischen Kreisen das augenblicklich im Königreich Sachsen bestehende Dreiklassenwahlrecht für die Landtagswahlen nur als einen Notbehelf ansehe und einer baldigen Wahlrechtsänderung entgegensteuere. Von den verschiedenen in Frage kommenden Wahlrechtssystemen bringe man besonders einem Wahlrecht nach Berufsständen allenfalls große Sympathien entgegen. Das Chemnitzer Tageblatt wollte darauf aus authentischer Quelle erfahren haben, daß der bestreffende Artikel des Sachsenpiegels lediglich auf Kombinationen ohne offizielle oder offiziöse Grundlagen beruhe. Ernstliche Erwägungen wegen anderweiter Aenderung des sächsischen Landtagswahlrechts haben bisher in den maßgebenden Kreisen noch nicht stattgefunden. Der Sachsenpiegel äußert sich nun zu seiner angeblich offiziellen Auslassung: „Unser Artikel über das Dreiklassenwahlrecht, den wir in der vorigen Nummer veröffentlichten, ist zu Unrecht vielfach dahin verstanden worden, als stände eine Wahlrechtsänderung unmittelbar bevor. Unsere Ausführungen bezweckten jedoch weiter nichts, als darauf aufmerksam zu machen, daß der Gedanke einer abermaligen Wahlrechtsreform fortgesetzt Gegenstand der Erwägung ist aller maßgebenden Kreise, auch innerhalb der Parteien. Daß eine solche Aenderung, die wohl erwogen und gründlich vorbereitet werden muß, nicht von heute auf morgen vorgenommen werden kann, ist ganz selbstverständlich. Ueber den Zeitpunkt, an dem diese Erwägungen feste Gestalt annehmen, läßt sich heute noch nichts Bestimmtes sagen.“

Wir müssen gestehen, daß wir die erste Auslassung des Sachsenpiegels nicht anders aufgefaßt haben, als unter dem Gesichtspunkte, daß alle Welt, also auch die sächsische Regierung, mit dem geltenden Wahlrechtssysteme und seinen Wirkungen unzufrieden ist, und daß der Wunsch nach Beseitigung dieses „elendesten“ aller Wahlrechtssysteme allgemein ist. Daß eine Wahlrechtsänderung nicht unmittelbar bevorsteht, sondern vielleicht noch ziemlich lange auf sich warten lassen wird, ist sicher. Wenn wir von der Meldung des Sachsenpiegels Notiz nahmen, so geschah es nur, um mit Genugthuung zu zeigen, wie unbehaglich sich die Schöpfer des sächsischen Dreiklassenwahlrechts selbst unter seinen Wirkungen fühlen.“

Besteller Veißal. Mit welchen Mitteln der Bund der Landwirte arbeitet, ist kürzlich wieder an dem Vorkotticirkular bekannt geworden, das die Lausitzer Bändler versandt haben und in dem zur Vorkottierung Zittauer Geschäftsleute aufgefordert wird, weil diese sich nicht von der Richtigkeit der agrarischen Forderungen überzeugen können. Aber alle diese Mittel helfen nicht, um nicht dem Wunde die nötige Kraft und das genügsamste Ansehen zu verschaffen, sondern die Bundesleiter sehen sich sogar gezwungen, ihre eigenen Mitglieder etwas aufzumuntern, damit nach außen wenigstens der Anschein der Begeisterung und der Zustimmung zu den Bundesbestrebungen erweckt werden kann. Das beweist eine „vertrauliche“ Einladung zu einer am 10. d. M. in Zittau abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte. Diese Einladung an die Bundesmitglieder, die gleichfalls jetzt veröffentlicht wird, lautet: „Es ergeht an Sie die Bitte, alle Mitglieder ihrer Ortsgruppe durch Cirkular besonders einzuladen und auch alle mitzubringen, damit diese Versammlung eine imposante werde und die Gesinnung der Sildlausitzer Landbevölkerung bezüglich des Zolltarifs in unabweidiger Weise zum Ausdruck kommt. Zu diesem Zwecke wollen Sie aber auch und

ebenso Ihre Mitglieder mit Beifallsäußerungen für unseren Sprecher nicht largen oder ängstlich zurückhalten, damit unsere Kundgebungen nicht allzu bescheiden gegenüber den zu erwartenden gegnerischen Demonstrationen verschwinden.“

Es braucht auf den Wert eines mit solchen Klünsten erzielten „Beifalls“ nicht hingewiesen zu werden; zu betonen ist nur, daß eine solche bestellte Arbeit bisher zu den Meaquiten eines erfolglosen — Theaters gezählt hat. Im übrigen aber ist die „vertrauliche“ Einladung ein interessantes Dokument zur Beurteilung des Bauernbundes.

Die Behörde im Wahlkampfe. Ein Saalbesitzer in Jigendorf, unweit von Rössen, wollte unseren Genossen seinen Saal geben, wenn der Kandidat Grünberg spreche. Nun ist aber diese schreckliche Gefahr abgewendet, denn die Amtshauptmannschaft hat schnell noch entdedt, daß keine Notthüre da ist. Dem Wirt ist deshalb verboten worden, Tanzbelustigungen, Versammlungen zc. abhalten zu lassen, bis der Notausgang hergestellt ist. Bisher durften aber die Jigendorfer auch ohne Notausgang dort tanzen. Aber die Sorge der Meißener Amtshauptmannschaft ist erklärlich, denn bei einer Versammlung handelt es sich um das Leben von einigen hundert Sozialdemokraten und solchen Leuten, die ihnen mindestens freundlich gegenüberstehen, da muß die Behörde sorgfältig handeln. Fürsten und Sozialdemokraten erfreuen sich in dieser Beziehung beifällig der größten Fürsorge unserer Behörden.

Zittau, 21. Januar. Die Zittauer Morgenzeitung berichtet: Der Schauplatz eines entsetzlichen Familiendramas war gestern nachmittags unser idyllisches Nachbardörfchen Dybin. Der dort wohnende 44 Jahre alte Handelsmann Ferdinand Jäger, dessen Ehefrau mittags wegen des Verdachts der Brandstiftung in Haft genommen worden war, hat wenige Stunden später nach einem mißglückten Giftmordversuch seine drei Kinder im Alter von neun, drei und einem halben Jahre mit einem Küchenmesser in der furchtbaren Weise zugerichtet, indem er ihnen sämtlich beide Pulsadern durchschnitt und die Kehle zu durchschneiden versuchte. Dann verlegte sich der Kindesmörder in gleicher Weise. Das jüngste Kind wurde als Leiche gefunden, für den dreijährigen Knaben und Jäger selbst besteht keine Hoffnung auf Erhaltung des Lebens, während der älteste Knabe vielleicht noch zu retten ist. Diese beiden Kinder und der Vater befinden sich im Zittauer Stadtkrankenhaus. Ueber die Familienverhältnisse der Jäger'schen Eheleute wird folgendes mitgeteilt: Ferdinand Jäger, der im Jahre 1857 in Heinersdorf bei Friedland in Böhmen geboren wurde, ist mit seiner zwei Jahre jüngeren Frau, Therese geb. Richter, die aus Wartenberg bei Nemes in Böhmen stammt, seit 21 Jahren verheiratet. Der Ehe sind angeblich 15 Kinder entsprossen, die jedoch alle bis auf die drei Opfer des Verbrechen früher gestorben sind. In den Jahren 1883 und 1884 wohnte die Familie in Luffig, wo Jäger ein Schnitwarengeschäft betrieb. Dort ist er schon einmal abgebrannt und er zog dann nach Dresden, wo er als Dienstmann den Lebensunterhalt für sich und die Seinen erwarb. Von Dresden siedelte er nach Oberdorf und dann im Frühjahr 1899 nach Dybin über. Das Verhältnis zwischen den beiden Eheleuten wird als ein sehr glückliches geschildert. Vor allen Dingen rühmt man ihnen allgemeine rastlosen Fleiß nach. Jäger war in Fabriken und auch in Tanzlokalen eine bekannte Persönlichkeit, denn dort suchte er seine Kundenschaft für seinen kleinen Hausierhandel mit Apfelsinen, Datteln, Feigen u. dergl. Seine Frau unterstützte ihn trotz ihrer kleinen Kinder noch in seinem Beruf. Da sie sich in Untersuchungshaft befindet, hat sie noch keine Ahnung von dem entsetzlichen Schlag, der sie und ihre Kinder bald nach ihrer Verhaftung betroffen hat.

k. Zwickau, 21. Januar. Ein Teil der von der Verwaltung des Schaderfaches entlassenen 74 Bergleute hatte durch die hiesige Berginspektion eine Eingabe an das kgl. Bergamt in Freiberg gerichtet, in welcher gebeten wurde, die Abgelegten auf dem Schaderfachs oder auf anderen Werken wieder unterzubringen. In der Eingabe war hervorgehoben, daß bei Einlegung nur einer Feiertagsfrist in der Woche sämtliche 74 wieder in Arbeit treten können und daß es bei einigem guten Willen der Werksbesitzer sehr leicht möglich wäre, diese in einem Reviere, worin an 11 000 Bergarbeiter beschäftigt sind, wieder unterzubringen. Die Arbeiter erhielten gestern die Antwort, daß das Bergamt vermittelt habe, daß jedoch die Grubenbesitzer im Zwickauer Revier sich geweigert hätten, die Entlassenen einzustellen. Daraufhin hätten sich zwei Werte im Lugauer Revier angeboten, die „Verheirateten, soweit sie gesund sind“, einzustellen.

Adorf, 21. Januar. Der hiesige Schulausschuß erläßt folgende Bekanntmachung: „Etern und Erzieher solcher Kinder, welche nicht ganz gesund sind und deshalb einer besonderen Aufsicht bedürfen, wollen dem lehreren Fleiß und von der Natur des Lebens Kenntnis geben, damit er bei Beurteilung der Leistung und der sonstigen Führung des betreffenden Kindes den richtigen Maßstab anzulegen vermag.“ Den rechten Nutzen vermag eine solche lobenswerte Anordnung aber erst zu stiften, wenn sie Hand in Hand geht mit einer ständigen ärztlichen Schulaufsicht.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Im Zwickauer Landestagungsamt lernten sich Bierbesitzer Perihol in Oberreichenau und Fuhrwerksbesitzer Polbar aus Rammen kennen. Ersterer nahm nach der Entlassung aus dem Straußhaus dem letzteren 1500 Mk. gegen das Versprechen, ihm fälsches Geld zu verschaffen, ab. Perihol wurde jedoch von der Anklage des Betruges freigesprochen, weil nach einer Reichsgerichtsentcheidung derartige Geschäfte nicht Gegenstand eines rechtsgültigen Vertrages sein können. — Der 34 jährige verheiratete Arbeiter Unterburg aus Döbtau hatte vor einigen Tagen in einer Wirtshaus in Dresden sich um einen an Epilepsie leidenden Gast besorgt gemacht, bei dem er, einer vielfach verbreiteten Ansicht entsprechend, sich bemühte, die Daumen an den gehaltenen Fäusten zu bekommen. Hierbei biß ihn der Kranke sehr heftig in den linken Oberschenkel. Der Zustand des Geblissenen verschlimmerte sich so, daß am Sonnabend ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

Gera, 21. Januar. In der bürgerlichen Presse fand sich leihhin folgende Notiz: „Im Geraer Vorort Pforten hat der dortige Gemeinderat, welcher sich in seiner übergroßen Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammensetzt, den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit der Gemeinbedarbeiter mit großer Mehrheit abgelehnt.“ Die Wahrheit aber ist, daß der Antrag, die Arbeitszeit der Gemeinbedarbeiter — deren es in Pforten übrigens nur zwei gibt — von zwölf auf zehn Stunden zu ermäßigen, von den sozialdemokratischen Gemeinderäten gestellt und von den Freisinnigen unter Assistent der Hausbesitzer gegen fünf sozialdemokratische Stimmen niedergestimmt worden ist.

Gotha, 21. Januar. Die verwitwete Frau Ida Kohn aus Ohrdruff ist mit den Obliegenheiten einer Assistentin

des Gewerbe-Inspektors für das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha zunächst probeweise betraut und gemäß § 139b der Gewerbeordnung verpflichtet worden.

Erfurt, 21. Januar. Worin besteht die Thätigkeit eines Chefredakteurs? Der Lösung dieser Frage war eine vor der heutigen Strafkammer stattgefundene Verhandlung gewidmet. Gelegenheit einer Besprechung der Anklage in Nordhausen waren einige Mädchen, welche die Arbeit in den Tabakfabriken aufgenommen hatten, in der Tribüne mit „Streitbrecherinnen“ benannt worden. Deshalb waren der verantwortliche Redakteur Hennig und der Chefredakteur Grunwald der Verleumdung angeklagt. In der Verhandlung wurden u. a. die Stüchleinischen Ausführungen vom Lübecker Parteitag verlesen, um zu beweisen, daß Gr. — für den beanstandeten K. — dem verantwortlich sei. Der Vertreter der Anklage sagte die Chefredakteurthätigkeit im folgenden schönen Worte zusammen: „Er muß dafür sorgen, daß das Blatt die Tendenz hat, die es haben soll.“ Er glaubte damit die Frage gelöst und den Schuldbeweis erbracht zu haben. Das Gericht sprach Grunwald frei und verurteilte Hennig zu 30 M. Geldstrafe. — In einer zweiten Verhandlung wurde Hennig wegen Verleumdung eines Gerichtsreferendars zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verleumdete hatte sich durch die Bezeichnung: „Simplissimusfacillime“ geränkt gefühlt.

Der Krieg in Südafrika.

Ritters neuere Streifenbericht. Eine Depesche Lord Ritters aus Johannesburg vom 20. Januar besagt: Ununterbrochener Regen brachte die englischen Operationen überall zum Stillstand. Den Verichten der einzelnen englischen Abteilungen zufolge wurden 31 Büren getötet, 13 verwundet, 170 gefangen genommen und 41 haben sich ergeben. General French meldet, daß die Zahl des Feindes im Nordosten der Kapkolonie sich etwa auf 150 Mann verringert habe, die in zerstreuten Abteilungen unter Fouché und Mithoung stehen. Etwa 180 Mann unter Wessels eukamen in die Gegend westlich von der Linie Sterkstroom-Stromberg. Im Südwesten bewegt sich die Hauptmacht der Büren auf das Dreieck Fregenburg, Carnarvon und Wilkison zu. Im Norden vom Dranjess und im Norden von der Linie von Tabandun werden keine Bürenabteilungen von englischen Kolonnen verfolgt. Im Nordosten machen die Blochhauslinien gute Fortschritte und die leichtbeweglichen englischen Abteilungen, welche sich auf dieselben stützen, gewinnen Terrain. Im östlichen Transvaal wurde der Feind durch die letzten Operationen sehr zerstreut. Im Westen rückte Lord Methuen am 13. Januar von Bryburg auf Venkersburg vor, um gegen Delarey und Kemp zu operieren.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Januar.

Die Finanz-Deputation A des sächsischen Landtages hat heute in Begleitung des Kultusministers v. Seidenwitz der Stadt Leipzig einen Besuch ab, um hier die Neubauten der Universitäts- und die Leipziger Bahnhöfe zu besichtigen. Die Sitzung des Landtages fällt deshalb heute aus.

Ueber den Einfluß des Schweine-Einfuhr-Verbotes auf den Antriebe von Schweinen im hiesigen Schlachthofe und den geringeren Verbrauch von Schweinefleisch, sowie über die Abnahme des Fleischnverbrauchs überhaupt hat die Verwaltung des städtischen Vieh- und Schlachthofes einen ausführlichen Bericht erstattet, der vom Räte in seiner letzten Plenarsitzung zur Kenntnis genommen wurde. Es wäre zu wünschen, daß dieser sicherlich interessante Bericht auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben würde.

Der Ärztliche Bezirksverein Leipzig-Stadt hat in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung beschlossen, über die Angelegenheit des gewesenen Schularztes Dr. Donath eine Beleuchtung vom ärztlichen Standpunkt aus zu veröffentlichen. Aus kann die weitere Diskussion über die Sache ganz recht sein. Ob aber Herr Dr. Donath dabei gewinnen wird, ist eine andere Frage. Denn an eine weitere vertrauliche Behandlung des den Stadtverordneten zugegangenen Berichts über die vom Räte der Stadt angestellte Untersuchung kann wohl nicht mehr die Rede sein, nachdem von den Ärzten eine „Beleuchtung“ angekündigt und die Sperre der ärztlichen Schularztstelle verhängt worden ist.

Leipziger Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein (Bureau für kostenlose Auskünfte, Städtisches Kaufhaus, Kupfergäßchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 13. bis 19. Januar in den Leipziger Hotels 2803 Fremde angekommen, darunter 2597 Reichsdeutsche, 175 aus anderen europäischen Staaten und 31 aus außereuropäischen Ländern. — Im Jahre 1901 betrug der Fremdenverkehr, soweit er Fremde betrifft, die in Hotels abstiegen, insgesamt 173 175 Personen. Darunter befanden sich Reichsdeutsche 157 561, Belgier 258, Ungarn 60, Dänen 424, Engländer 1514, Franzosen 1309, Griechen 27, Holländer 675, Italiener 515, Desterreicher 5294, Rumänen 118, Russen 1527, Schweden-Norweger 423, Schweizer 599, Serben 41, Spanier 59, Türken 75, Ungarn 757, andere Europäer 22, zusammen 171 258. Ferner Afrikaner 117, Amerikaner 1725, Australier 23, Asiaten 52. Summa wie oben 173 175. Rechnet man hierzu noch 93 733 Herbergsfremde, so ergibt sich für das Jahr 1901 ein Gesamtverkehr in Hotels und Herbergen von 263 908 Fremden.

Ein Gutachten der neuen Gartenverwaltung. Die Stadtverordneten hatten beim Räte beantragt, daß die Herstellung der Baumanpflanzungen an den Straßen öffentlich ausgeschrieben würden. Die Gartendirektion hat sich hierüber in einem ausführlichen Gutachten im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei diesen Arbeiten in abweichendem Sinne geäußert, und der Rat ist diesem Gutachten, insbesondere mit Rücksicht auf die mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossene Einrichtung einer städtischen Baumschule beigetreten.

Die neuen amtlichen Postkarten, die zum 1. April d. J. ausgegeben werden sollen und auf denen die Ueberschrift (Postkarte) mehr links und nicht in der Mitte angebracht werden soll, aus Rücksicht auf die Stempelung durch Maschinen, haben die Bezeichnung aufgenommen lassen, daß die bisher von der Privatindustrie hergestellten Postkarten, von denen manche Firmen wohl noch größere Vorräte haben, nicht mehr zulässig seien. Diese Befürchtung ist gegenstandslos; die bisherigen Kartenformulare bleiben auch über den 1. April hinaus gültig, ebenso die etwa angekauften amtlichen Postkarten ohne Ueberschrift. Wünschenswert ist allerdings, daß bei künftigen Neuauflagen von Postkarten dieselben in Uebereinstimmung mit den neuen amtlichen Drucken hergestellt werden. Für den Firmen- und Briefdruck links oben in der Ecke bleibt doch noch Raum genug;

längere Firmenbezeichnungen sind zweckmäßig vertikal (der linken Schmalseite entlang) zu drucken.

Der Zinsfuß für bei der Lotteriedarlehnskasse auf unbestimmte Zeit entnommene Darlehen ist auf 3/4 Prozent ermäßigt worden.

Falsche Reichsstaatscheine zu 20 Mark sind in der letzten Zeit in Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und Preußen in Verkehr gebracht worden. Die Reichsschuldenverwaltung sichert eine Belohnung bis zu 1000 Mark demjenigen zu, der einen Verfertiger oder wissenschaftlichen Vertreter der Fälschate zuerst ermittelt und der Polizei oder Gerichtsbehörde dergestalt nachweist, daß der Verfertiger zur Untersuchung oder Bestrafung gezogen werden kann.

Ein Unfall ereignete sich heute vormittag in der Moritzstraße. Das schon gewordene Pferd eines Milchhändlers rannte mit voller Wucht gegen ein Drohkesselgeschirr, wobei der Drohkesselknicker vom Boche geschleudert wurde. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Vermißt wird seit dem 13. d. Monats der am 21. Juni 1864 in Dresden geborene Fabrikant Gustav Adolf Ullrich aus seiner Wohnung Täubchenweg 43b. Seine Angehörigen vermuten, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Der Vermißte ist etwa 1,73 Meter groß, von schlanker, schmächziger Gestalt, hat blondes, kurzgeschuldetes Haar, spitzen, blonden Vollbart, längliches, klares Gesicht und trägt einen goldenen Klemmer. Die Kleidung des Vermißten besteht aus einem grauen Jackettanzug, schwarzem Filzhut und schwarzem Ueberzieher, auch trägt er eine goldene, wertvolle Uhr. Ueberdies führt er einen großen Betrag in Wertpapieren bei sich.

Kleine Polizeinachrichten. In der Thalstraße wurde gestern ein 33 Jahre alter, schon vorbestrafter Wirtenmacher aus Erlangen dabei abgefaßt, als er aus einem Hause einen Kinderwagen im Werte von 40 M. entwendete. Der Dieb wurde in Haft genommen. Ferner erfolgte die Verhaftung eines 30 Jahre alten Ritters aus Hamburg, der seinem Arbeitgeber, einem hiesigen Bierhändler, einfaßerte Gelder unterschlagen hat. Der Verhaftete ist wegen solcher Vergehen schon bestraft.

Ein 20jähriger Schuhmacher aus Schönan bei Walddorf löste einem Dienstmädchen unter dem Verprechen, es heiraten zu wollen, die ganzen Ersparnisse von 100 M. ab. Außerdem hat er verschiedene Geschäftleute, bei denen er sich Kredit zu verschaffen wußte, empfindlich geschädigt. Jetzt erfolgte die Verhaftung des Betrügers.

In letzter Zeit ist aus einer Wohnung der Niederstraße in L. Meubeln eine goldene Damenuhr mit Schlüsselanhänger samt einer langen, goldenen Halskette im Gesamtwerte von 120 M. gestohlen worden. Die Uhr trägt auf dem Deckel die eingravierten Buchstaben W. B.

Aus einem Restaurant in der Windmühlstraße ist gestern mittag ein Winterüberzieher von glattem, graugrünem Stoff mit schwarzem Futter gestohlen worden.

S. Baundorf. In dem Eisenkonstruktionswerk von Schiege hierseits ist in der Nacht zum Sonntag ein größerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Trotzdem, daß auf dem Werk ein Nachtwächter, sowie ein großer, bittiger Wachtund vorhandener ist, war es den Spitzbuben gelungen, unbemerkt durch ein Fenster in das Fabrikgebäude einzusteigen, von den Antriebswellen eine Anzahl Treibriemen, sowie verschiedene Handwerkszeug zu stehlen und mit ihrem Raube, im Gewichte von mehreren Centnern, dann durch das Fenster und über die ziemlich hohe Mauer wieder ins Freie zu gelangen. Die dreifachen Diebe haben eine ziemlich Ortskenntnis an den Tag gelegt und ihren Raub, den Spuren auf einem an grenzenden Felde nach zu urteilen, mit einem größeren Handwagen in Sicherheit gebracht.

Gemeinde-Zeitung.

S. Sommerfeld. (Gemeinderatsitzung vom 17. Januar.) Beschlüsse wurde, dem Gemeindevorstand nachträglich eine Wechselsprachifikation von 10 M. zu geben. Dem Spritzenmeister werden jährlich 5 M. für seine Milchwirtschaft, sowie für jeden einzelnen Jahr der diesbezüglichen Thätigkeit 2 M. Entschädigung bewilligt; bei Spritzenproben erhält jeder Teilnehmer (Höchstzahl: 12 Mann) 50 Pf. Auslösung. Bei den Neuwahlen zu den verschiedenen Ausschüssen des Gemeinderates wurden gewählt, in den Schulvorstand: die Gutbesitzer Götsching, D. Jahn und Bär, sowie der Vertreter der Unangelernten Barber Franzhänel; in die Baukommission: die Gutbesitzer Götsching, D. Jahn, Germann und Michael; in die Begehrkommission: die Gutbesitzer Götsching, R. Jahn, R. Röhne und Raumann; in die Armendeputation: die Gutbesitzer Götsching, R. Jahn, Bär, Germann und Michael. Ein reichliches Duzen Gutbesitzer im hiesigen Orte ist im Gemeinderat durch 8 Mann (Inklusive Gemeindevorstand) vertreten und sorgt auch dafür, wie obiges Wahlergebnis zeigt, daß den Hausbesitzern und Unangelernten der Zutritt zu den Ausschüssen verschlossen wird. Als ein Zufall ist es geradezu zu bezeichnen, daß in den Schulvorstand ein Unangelernter gewählt wurde. In übrigen scheinen die Herren Gutbesitzer über recht viel freie Zeit zu verfügen, daß sie sich die Arbeit ausbilden, in 2, 3 oder gar 4 Kommissionen arbeiten zu müssen. Die erfolgte Wahl hat auf 8 Jahre Gültigkeit. Genehmigt wurden 14 Reklamationen gegen die Hundsteuer. Zum Schluß fanden 2 Unterstützungsgehalte teilweise zustimmende Erteilung.

Vereine und Versammlungen.

Der Volksverein für Plagwitz-Bindenau

Hielt am 18. Januar seine Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren; 2. Statutenänderung; 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren; 4. Anträge der Mitglieder; 5. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende, Genosse Hennig, Bericht über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1901. Einleitend bemerkte er, daß das letzte Jahr das erfolgreichste seit Bestehen des Vereins sei. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des letzten Jahres 218 Personen. Neueingetretene sind im Laufe des Jahres 336 Personen. Am Ende des Jahres zählte der Verein 410 Mitglieder und zwar 248 männliche, 21 weibliche, 110 Schüler und 31 Schülerinnen. Es sind 2 Generalversammlungen, 7 Vortragsabende, 22 Diskussionsabende und 6 literarische Abende abgehalten worden. Die Generalversammlungen waren durchschnittlich von 31 Personen besucht. Der Besuch der 7 Vortragsabende wies durchschnittlich 65 und der der 22 Diskussionsabende 65 Teilnehmer auf, während die 6 literarischen Abende von durchschnittlich 126 Personen besucht wurden sind. Der Vorstand tagte in 22 Sitzungen. Beendet wurden drei Unterrichtskurse in Buchführung, Schönschreiben und Kundschrift, desgleichen zwei Kurse in Stenographie (System Scheithauer) mit 15 resp. 20 Teilnehmern. Begonnen wurden zwei Kurse, nämlich einer für Volkswirtschaft mit 62 und einer für deutsche Sprache und Rechtschreibung mit 15 Teilnehmern. Die Ausstellung der Künstler-Steindruckbilder und der Jugendliteratur war von ungefähr 250 Personen besucht. Die Bibliothek enthält 730 Bände. Gleichensweise wurden derselben 72 Bände zugeführt. Ueber die Entleihungen, die einen nie geahnten Aufschwung genommen haben, sind die Leser der Volkszeitung durch die allmonatlichen Veröffentlichungen unterrichtet. Die Bibliothekselbst, die durch Entleihen, in der Hauptsache aber durch freiwillige Zuwendungen gebildet wird, hatte eine Einnahme von 117.51 M.

und eine Ausgabe von 100.00 M., so daß noch ein Bestand von 11.42 M. verbleibt. Auskünfte fanden 0 statt, darunter 3 Abendauskünfte. Der Vortragsabend nach Anhalt am 17. und der Vortragsabend nach Großschönau 150 Personen auf, während der Eisenbahnausflug nach Halle a. S. 140 Personen vereinigte. Der Abendausflug nach Plagwitz-Bindenau zählte 135, nach Comenitz 90 und der nach Schönan 70 Personen. Der Schwimmklub unternahm zwei Fahrten; je eine nach Lützen und Mahlau. Feste wurden abgehalten: ein Stiftungsfest, ein Sommerfest, ein Kinderfest, ein Herbstfest, zwei Theaterabende und zwei Familienabende. Das Vereinsvermögen besitzt einen Wert von 2835.50 M. Die Thätigkeit in den Abteilungen ergibt folgendes Bild: Die Sängervereinigung übte an 53 Stunden mit durchschnittlich 41 Teilnehmern, die dramatische Abteilung an 53 Abenden mit durchschnittlich 11 Teilnehmern, die Stenographenabteilung an 34 Abenden mit durchschnittlich 6 Teilnehmern. (Letztere hatte sich während des Sommerhalbjahrs verlegt.) Die Turnerabteilung übte an 96 Turnstunden mit durchschnittlich 32 Teilnehmern. Die Damen-Turnabteilung, seit 4. Juli bestehend, übte an 24 Turnabenden mit durchschnittlich 26 Teilnehmerinnen. Genosse Hennig schloß seinen Bericht mit der Aufforderung an die Anwesenden, stets im Vereinsinteresse thätig zu sein und immer neue Mitglieder zu werben. Dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 2303.31 M. eine Ausgabe von 2101.75 M. gegenübersteht, so daß noch ein Kassenbestand von 201.56 M. verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit dieser Angaben, ihrem Antrage entsprechend wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag des Gesamtvorstandes vor, den § 5 des Vereinsstatuts dahin abzuändern, daß die Verwaltung nicht wie bisher aus 9, sondern aus 11 Personen bestehen soll. Die vermehrte Vereinsfähigkeit bedingte eine solche Maßnahme. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Punkt 3 der Tagesordnung erledigte sich durch die Wiederwahl des Genossen Hennig als 1. Vorsitzenden und Genossen Heinide als 1. Kassierer. Ferner wurden gewählt die Genossen Fuhrbrügge, Schleier, Wolf, Kalinowski, Hugo Heinide, Perthes, Nyssel, Nehm und Nöbbeorn. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen Höhn, Kirchner und Watzgräbe. Da Anträge der Mitglieder nicht vorlagen, ging man zu Punkt 5 über. Hier gab Genosse Hennig die Vereinsfähigkeit bis Ende März bekannt. Genosse Nyssel stellte den Antrag, den Vorstand für seine Arbeiten mit 75 M. zu entschädigen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach nochmaliger Aufforderung des Vorsitzenden, immer neue Mitglieder zu werben und aktiv an dem weiteren Ausbau des Vereins mitzuarbeiten, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Vortrefflicher, Galanterie- und Kleidermacher.

Die erste diesjährige Monatsversammlung tagte am 18. Januar in Stadt Gotha. Es wurde zunächst Stellung zur Einigungs-Konferenz genommen, die am 30. Dezember 1901 von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nach Frankfurt einberufen worden war. Aus der Diskussion war zu entnehmen, daß der Vortrefflicher-Verband um Anschluß an die Generalkommission nachgesucht hatte, wogegen aber von dem Buchbinderverband Einspruch erhoben worden war, weil der erstere Branchen, die der Buchbinderverband für sich in Anspruch nimmt, zu sich herüber zu ziehen suchte. Eine Einigung kam dahin zu stande, daß der Vortrefflicher-Verband nur noch Vortrefflicher und Ledergalanteriearbeiter und Arbeiterinnen aufnehmen, der Buchbinderverband aber die Aufnahme genannter Branchen verweigern soll. Bezüglich dieser Angelegenheit wird am 8. März eine Abstimmung unter den Kollegen des Vortrefflicherverbandes stattfinden und eine diesbezügliche Abänderung des betreffenden Paragraphen vorgenommen werden. Die Stellungnahme hierzu seitens unserer hiesigen Kollegen war recht verschiedene. Ein Kollege wollte Aufschaltung aus dem Buchbinderverband, Erhöhung der Beiträge am Ort um 20 Pfg. und Gründung eines Lokalvereins. Andere Kollegen wollten von einem Anschluß aus dem Buchbinderverband nichts wissen, sondern so wie bisher zusammen arbeiten. Da man zu keiner Einigung kommen konnte, wurde diese Angelegenheit einer viergliedrigen Kommission zur nochmaligen Erörterung übergeben. Hierauf verließ Kollege Kraus die von der Generalkommission aufgestellte statistischen Fragebogen, die nach einigen Verwendungen gegen eine Stimme genehmigt werden. Kollege Voigt giebt den Kassenbericht vom vierten Quartal bekannt. Es beträgt die Einnahme an Beiträgen 54.80 M., Bestand vom vorigen Quartal 3.43 M., in Summa 58.23 M. An die Hauptkasse sind abgehandelt 80 Prozent der Einnahme = 43.84 M., die übrigen Ausgaben betragen 4.23 M., in Summa 48.07 M., verbleibt ein Kassenbestand von 10.16 M. Mitglieder sind am Schluß des vierten Quartals 21 zu verzeichnen. Als Bevollmächtigter wird Kollege Voigt wiedergewählt. Unter Gewerkschaftlichen wünscht Kollege Krüschke, daß dahin gewirkt werde, daß die Vortrefflicher-Bez. wöchentlich einmal erscheint und daß sozialpolitische Artikel mehr bevorzugt werden. Sodann wurden als Vertreter zur Ortskrankenkasse die Kollegen Bries und Harbt einstimmig gewählt. Es wird dann noch auf die beginnenden Unterrichtskurse im Arbeiterverein aufmerksam gemacht und ein Antrag Paritzsch, den Punkt Diskussion auf die nächste Tagesordnung zu setzen, angenommen. Nachdem noch auf unsere Programme zum 1. Familienabend hingewiesen wird, erfolgt 1/212 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

Generalversammlung der Bäcker.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen: Es fanden 11 Mitgliederversammlungen, 6 öffentliche und 2 Bezirksversammlungen statt, wobei 8 Vorträge gehalten wurden. Ferner wurden 13 Vorstandssitzungen und 5 außerordentliche Sitzungen abgehalten. Dem Gesamtvorstand wurden für seine Thätigkeit 50 M. bewilligt. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht weist eine Einnahme von 2865.83 M. und eine Ausgabe von 2503.08 M. auf, so daß am 1. Januar 1902 362.74 M. Kassenbestand verbleibt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlassung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: D. Freitag als erster Vorsitzender, D. Graf als erster Kassierer, H. Vogt als erster Schriftführer, D. Neumann, J. Tiele und G. Kühn als Ersatzleute. Als Revisoren wurden die Kollegen P. Stollberg, L. Wiemann und G. Schneider bestimmt. Für die bevorstehenden Wahlen zur Ortskrankenkasse stellte die Versammlung die Kollegen Hennig, Schönder, Schinnerling, Wiffing, Moritz, Teubert, Kühn, Stollberg, Fink, Jahn, Albrecht und Behrig als Kandidaten auf. Die Versammlung nahm noch einen Antrag an, wonach der neue Vorstand beauftragt wird, die Mitgliederzahl am Orte vierteljährlich bekannt zu geben und Mitgliederversammlungen, in denen Neuwahlen stattfinden, Sonntags vorzunehmen.

Versammlung der Bauarbeiter.

In der am 20. Januar stattgefundenen Versammlung der Bauarbeiter referierte der Verbandsvorsitzende Gust. Behrendt aus Hamburg. Seine von sozialpolitischen Kenntnissen zeugenden Ausführungen gaben wieder einmal den verammelten Kollegen Gelegenheit, darüber nachzudenken, daß es endlich an der Zeit ist, der Gewerkschaft beizutreten und das kämpfende Proletariat zu vermehren. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Mehrere Redner sprachen im Sinne des Referenten. Ferner erstatteten die Revisoren Bericht über den Kassenbestand. Des weiteren wurde die Vorschlagsliste des Bureau zur bevorstehenden Vertreterwahl für die Ortskrankenkasse acceptiert. Der Vorsitzende giebt noch verschiedene Maßnahmen der Centralleitung bekannt.

Die Cementarbeiter

hielten am 18. Januar ihre Monatsversammlung in Stadt Gotha ab. Es wurde unter anderem zur Sprache gebracht, daß sich auch in unserer Branche Arbeitgeber finden, die die jetzige Krise dadurch auszunutzen suchen, daß sie unsere früher erkämpften Löhne reduzieren und obenbrein noch höherrück und pagig hinzufügen, wer

seine Lage verbessern könnte oder wenn es nicht passte, der könne ja gehen. Nach längerer Debatte wird beschlossen, diese Angelegenheit zur weiteren Beschäftigung dem Agitationskomitee zu unterbreiten. Unter Gewerkschaftsmitgliedern wird allgemein bemerkt, daß es uns immer noch nicht gelungen ist, sämtliche Kollegen in unseren Verband hereinzuführen. Es betrifft dies hauptsächlich die Firmen Möhler-Lindenau, Körner-Gohlis und Wiedemann und folgt in Liebertsdorf. Es wird in Anregung gebracht, in kürzester Zeit eine Agitationstour zu unternehmen. Dem wird allgemein zugestimmt, doch wird beschlossen, diesen Punkt nochmals der nächsten Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Nach einigen weiteren Ausführungen des Vertrauensmannes wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter**

tagien am 12. Januar im Restaurant Zwei Linden zu Lindenau. Genosse Manfred Wittich sprach über das Thema: Was ist der Arbeiter wert. In seiner bekannten satirischen Weise führte er den Anwesenden die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit vor Augen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Unter Berufsangelegenheiten wurden die Firmen Bohne, Petroleumgeschäft, Wöhlitz-Ehrenberg und Leipziger Dünger-Exportgesellschaft einer scharfen Kritik unterzogen. Die Ortsverwaltung verspricht einzugreifen, um trasse Mißstände zu beseitigen. Des weiteren macht der Vorsitzende auf das am 8. Februar stattfindende Wintervergütigen im Helfenteller aufmerksam. Eine Tellererhebung ergab 3.05 M.

**Eine Einzelmitglieder-Versammlung der Textilarbeiter Leipzig**

tagte vergangenes Sonntag in Stadt-Gotha. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Bericht des Bevollmächtigten, schilderte Kollege Glanzmann in kurzen Worten die Bewegung des verflochtenen Jahres und kritisierte die Mißstände in verschiedenen Fabriken, insbesondere die Vorgänge in der Gaußscher Spinnerei mit der bekannten 11 Spinner-Vergütung, in der die Löhne und Zustände in genannter Fabrik als die denkbar besten hingestellt wurden, was jedoch mit der kürzlichen Prügelaffaire schlecht in Einklang zu bringen ist. Dann gab Kollege Glanzmann seinen Massenbericht in Quartalsabschlüssen bekannt, wonach einer Gesamteinnahme von 4027,31 M. eine Ausgabe von 4267,27 M. gegenüber stand, mithin ein Massenbestand von 240,94 M. zu verzeichnen war. Er bebauert, daß eine große Anzahl der Mitglieder mit ihren Extrastimmen sowie mit den Gewerkschaftskommissionsbeiträgen im Rückstand sind. Die letzte Massenrevision wurde von den Kollegen Wendt und Sachse vorgenommen, wobei die Masse in bester Ordnung befunden wurde. Dem Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Hierauf gab auch Kollege Gensche als bisheriger Bevollmächtigter von Leipzig-Ost seinen Bericht bekannt. Der Einnahme von 648,80 M. stand die gleiche Summe als Ausgabe gegenüber, ein Massenbestand war also nicht vorhanden. Der in einer vor Weihnachten stattgefundenen Versammlung vom Kollegen Sachse eingebrachte Antrag, Sektionsleitungen einzuführen, wurde Gegenstand einer langen, lebhaften Debatte. Kollege Sachse änderte schließlich seinen Antrag dahin um, die ganze Agitation so zu betreiben, daß jede Branche für sich bearbeitet wird. Es soll aus jeder Fabrik resp. jedem Arbeitsort eine geeignete Person, aus Fabriken oder Arbeitsstätten, wo mehr als 50 Personen beschäftigt sind, zwei Personen zu vertraulichen Vesperechnungen herangezogen werden, damit der Bevollmächtigte resp. das Agitationskomitee von den in verschiedenen Fabriken bestehenden Mißständen Kenntnis erhält, um weitere Maßnahmen zu treffen. Vorstehender Antrag wurde gegen 1 Stimme angenommen. Betreffs der schon erwähnten 11 Spinner-Vergütung wurde von den vereinigten Agitationskomitees folgender Antrag gestellt: Den beiden Verfassern des Artikels soll die Einnahme eines Ehrenamts innerhalb des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf 5 Jahre, den 3 Mitunterzeichnern auf 2 Jahre aberkannt werden, sofern sie Mitglieder unserer Organisation werden wollen. Dieser Antrag wurde schließlich mit geringer Majorität angenommen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, Neuwahl eines Bevollmächtigten, wurde als Bevollmächtigter von ganz Leipzig Kollege Glanzmann einstimmig gewählt bezw. wiedergewählt. Er nimmt die Wahl unter der Bedingung wieder an, daß ihm in Anbetracht seiner Arbeitsüberhäufung ein Stellvertreter zur Seite gestellt wird, wozu Kollege Geogel einstimmig gewählt wurde. Auch dieser nahm die Wahl an. Zur Wahl eines Delegierten zum Kongress nach Kassel wurde Kollege Glanzmann nominiert und ihm anheimgestellt, die hierzu beschlossenen Abänderungsanträge zu vertreten. Auf Antrag Glanzmanns wurde den 4 Agitationskomitees für kombinierte Sitzungen eine Vergütung von 75 Fg. gewährt. Dem Kollegen Rembach wird die Gemahregelunterstützung vom Tage der Anmeldung an ausbezahlt. Die Wahl der Generalsammlungsvertreter der Ortskassen wurde der vorgeschickten Stunde halber bis zur nächsten Versammlung, die nächsten Sonnabend stattfindet, vertagt.

**Gerichtssaal.**

**Landgericht.**

Leipzig, 20. Januar.

Wegen Erpressung und versuchten Diebstahls hatte sich vor der 2. Strafkammer der Nachbeder A. W. V. zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endigte mit der Verurteilung A. zu drei Monaten und vier Tagen Gefängnis. Im Oktober v. J. beherbergte B. eine Prostituierte bei sich, danach verlangte er das der Prostituierten gegebene Geld wieder zurück, was diese ihm aber verweigerte. B. hat nun in dem Rock der W. nach dem Gelde gesucht, aber nichts gefunden. Beim Weggange des Mädchens verlangte er an der Soufflöhre noch einmal das Geld und bedrohte sie. Sie gab ihm 1.45 M. zurück, womit er sich aber nicht zufrieden gab. Der entstandene Lärm lockte einen Schuhmann herbei, der die W. arrelierte. Für B. hatte der Vorgang das heutige gerichtliche Nachspiel, das mit der Verurteilung zu der obengenannten Strafe endete.

Vom K ü m m e l b l ä t t e n. Der Bautechniker Sch. aus Wurzen sah am Abend des 18. Juni v. J. im Wartesaal des Dresdener Bahnhofes und langweilte sich, da er den Zug verpasst hatte, ungemein. Als sich daher ein Mann zu ihm gesellte, der ebenfalls „den Zug verpasst“ hatte und ihn zu einem Spaziergang in die Stadt einlud, war er dazu sofort bereit. Die beiden gingen nun zunächst nach Café Kamerun, wo bereits ein dritter ihrer Ankunft wartete. Dieser dritte war der 31 Jahre alte Maler Alois Armbruster aus Waldsee in Württemberg, dessen Bildnis schon das Album der Kummelblättchen spieler schmückte. Er setzte sich zu den beiden Angekommenen und erzählte ihnen, daß in dem Restaurant S., in der Moritzstraße, eine Riesendame als Kellnerin bediene. Der Bautechniker bekam nun Lust, die Riesendame zu sehen und so gingen die drei hin. Als Ersatz für die nicht vorhandene Riesendame machte A. Kartenlustigkeits vor. Nun zeigte auch W., der ebenfalls Maler ist, seine Künste und nun ging es los mit dem Kummelblättchen. Der Maler W. nahm A. in drei Spielen 60 Mark ab; natürlich nur zum Schein. Sch. ließ sich nun zum Mitspielen bewegen und spielte zuerst einen Thaler, der in die Tasche Armbrusters wanderte. Das zweite Mal legte er nur eine Mark, die denselben Weg ging. Nun stieg in Sch. aber der Verdacht auf, daß er ein paar Gaunern in die Hände gefallen sein mochte und entfernte

sich, um einen Schuhmann zu holen. Als er mit diesem in das Lokal zurückkehrte, waren die beiden Kartenlustiger aber verduftet. A. hat sich nach München gewendet, wo er sich bis Dezember aufhielt, kehrte dann in diesem Monat nach Leipzig zurück und wurde am 10. Dezember auf Veranlassung eines Freundes, den er auch verschleppen wollte, am Dresdener Bahnhof verhaftet. In der heutigen Hauptverhandlung giebt A. das Spielen zu, doch befreit er entschieden, es gewerbsmäßig betrieben zu haben. Der Staatsanwalt beantragt, den Angeklagten exemplarisch zu bestrafen. Die 2. Strafkammer nahm im vorliegenden Fall gewerbsmäßige Spielerei an und verurteilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Wegen Urkundenfälschung und Betrugs stand der 31 Jahre alte Kaufmann Julius Heinrich Johannes Märker aus Thonberg vor der 3. Strafkammer. Als Korrespondent, zuletzt mit einem Monatsgehalt von 195 M., war M. etwa neun Jahre bei der Firma G. u. Co., Aktiengesellschaft, hier in Stellung. Um noch einen Nebenverdienst zu haben, errichtete er seiner Frau ein Cigarrengeschäft, das er aber sehr bald mit einer Masse Schulden wieder schließen mußte. Um diese zahlen zu können, wandte er sich sehr oft an den Chef um Vorschuß, der ihm auch gewährt wurde. Als die Geschichte aber kein Ende nehmen wollte, machte ihm sein Chef Vorhalt und lehnte gleichzeitig ein weiteres Vorschußgeben ab. Um nun weitere Gelder zu erlangen, spiegelte M. seinem Chef vor, daß auswärtige Provisionsreisende Vorschuß haben wollten und gab dabei die Adressen ihm befreundeter Personen an, die er auch die Briefe um Vorschuß hatte schreiben lassen, und bei denen er dann die erhaltenen Summen, die zwischen 50 und 250 M. balancierten, abholte. In zwei Fällen hat M. die Namen selbst darauf geschrieben und sich dadurch der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht. Um sich vor Entdeckungen zu schützen, ließ er über die empfangenen Beträge Quittungen schreiben. Vom Oktober 1899 bis Oktober 1901 hat Märker es verstanden, für Rechnung des Verkäufers der Firma Max v. W. in Brüssel in zehn Fällen Beträge von 60—250 M. zu erschwindeln; vom Vertreter der Firma Jules S. in Paris in acht Fällen und in einem Falle von einer Firma in Valmud hat M. Summen in gleicher Höhe erhalten, insgesamt etwa 3000 M. Das Gericht billigte M. mildere Umstände zu und verurteilte ihn unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

**Aus der Partei.**

„Sozialdemokratische Verbrecherbande.“ Am 4. Januar reichte der Redakteur der Dresdener Volkszeitung, Genosse Kläh, bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag ein, gegen den Subdirektor Jschorn Anklage wegen öffentlicher Beleidigung im öffentlichen Interesse zu erheben, weil Jschorn in der Sitzung des Schöffengerichts in Gegenwart einer großen Zahl von Vertretern der bürgerlichen Presse, sowie eines zahlreichen Zuhörerpublikums u. a. in Bezug auf die Volkswahl-Redakteure geäußert hatte:

„Ich habe die verschiedenen Redakteure von den hiesigen Blättern verflucht. Den Redakteur der Volkszeitung habe ich aber nicht verflucht. Was diese Redakteure, diese Schriftsteller, diese sozialdemokratische Verbrecherbande über mich schreibt, ist mir gleichgültig.“

Rummehr ist dem Genossen Kläh folgendes ablehnende Schreiben zugegangen:

Der Erste Staatsanwalt. Breslau, 9. Januar 1902.

Auf Ihre Anzeige vom 4. Januar 1902 wider den Subdirektor Jschorn von hier wegen Beleidigung gerichtet Ihnen hierdurch zum Bescheid, daß nach § 416 der Strafprozessordnung die Anklage bei Beleidigungen von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben werden soll, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. Da aber in dem von Ihnen zur Anzeige gebrachten Falle das öffentliche Interesse die Verfolgung der Sache durch mich nicht erheischt, so verweise ich Sie auf den Weg der Privatklage. J. A. P. S.

Also, wenn sozialdemokratische Redakteure „Verbrecherbande“ geschlossen werden, so liegt es nicht im öffentlichen Interesse, die bürgerliche Ehre der Noten gegen solche Anwürfe von Amts wegen zu schützen. Warum aber, so fragt unser Bruderblatt, erheischt das öffentliche Interesse, daß Genosse Kläh durch die Staatsanwaltschaft verfolgt wurde, als er einen Privatbrief zwecks Erkundigung an den Mühlenbesitzer Stoller schrieb? Und trotzdem das Schöffengericht aus Freisprechung erkannt hatte, forderte das öffentliche Interesse noch, diese Privatsache in die Verurteilung zu führen?

Zur Geschichte der Beschlagnahme der Weihnachtszeitung Arbeiterlos liefert der Vormerkts einen neuen Beitrag; er schreibt: Beschwerden an den Minister des Innern über Gesetzesverletzungen der Polizei sind sehr empfehlenswert, wenn es sich nicht um Dinge handelt, bei denen rasche Erledigung erwartet wird. Der Minister scheint rasche Entscheidung und gründliche Prüfung für unvereinbare Gegensätze zu halten. Vor ca. 4 Wochen wurden an den Minister aus Anlaß der Beschlagnahme der gefährlichen Weihnachtszeitung zwei Beschwerden gegen die Polizei durch besonderen Voten eingereicht, von denen die eine gegen die Hausfuchung in den Geschäftsräumen und gegen die Beschlagnahme der Geschäftsbücher der Buchhandlung Vorwärts bezw. gegen Nichtauslieferung der Bücher an die Staatsanwaltschaft innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist sich richtete, die andere gegen die gesetzwidrige Erhebung der Siegel durch die Polizei. Bis heute ist seitens des Ministers dem Beschwerdeführer auf diese Beschwerden noch nicht eine Silbe erwidert worden; dieses Schweigen ist um so unbegreiflicher, als der Inhalt der beiden Beschwerden bei der Siegelhebung bereits durch die der Beschwerde beigelegte Entscheidung des Herrn Oberstaatsanwalts unversprechbar festgestellt ist, und es sich dabei, wenn der Minister die Aufhebung des Beschwerdeführers teilt, eventuell um eine Gesetzesverletzung handelt, die im Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bedroht ist. Auch die Bitte um Rückgabe der Verfügung des Herrn Oberstaatsanwalts ist bis jetzt noch nicht erfüllt worden.

Das Vertrauen in die Polizei und deren höchste Ueberwachungsinanz wird durch solche — Grundsätzlichkeit bei Untersuchung von Beschwerden gegen polizeiliche Gesetzesverletzung so gesteigert, daß auch eine raschere Entscheidung sie kaum noch erhöhen konnte.

**Von Nah und Fern.**

**Schiffsunfälle.**

Hamburg, 22. Januar. Seit gestern herrscht auf der Nordsee ein undurchdringlicher Nebel. Zwischen der Elbe- und Wesermündung ist eine Anzahl Schiffe gestrandet, die sich in

gefährlicher Lage befinden. Das Boot eines Schiffers, der gestern morgen trotz der stürmischen Witterung einen Freund von Finkenwerder nach Hamburg fahren wollte, kenterte und beide ertranken.

Bremen, 21. Januar. Die Rettungsstation Spiekeroog der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 20. Januar von dem in der Dünner Folge gestrandeten englischen Dampfer German Empire, Kapitän Mahu, mit Kohlen von Hartlepool nach Hamburg bestimmt, 10 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Die Rettungsstation Vangooz telegraphiert, daß von demselben Dampfer 6 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet wurden.

Die Rettungsstation Dithen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert heute: Von dem vor der Elbe gestrandeten deutschen Fischerkutter Schwalbe, Schiffer Meyer, 3 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

**Schlagende Wetter.**

Murcia, 22. Januar. In den Gruben von Mazarron ereignete sich eine Explosion schlagender Wetter, durch die sieben Bergleute getötet wurden.

**Die Pest.**

Konstantinopel, 21. Januar. Seit 6 Tagen sind in Bagdad 8 Pestfälle vorgekommen, von welchen 4 tödlich verliefen. Der Sanitätsrat verordnete eine fünfjährige Quarantäne für Herkünfte aus Bagdad und eine 48stündige Quarantäne für Herkünfte aus Smyrna an.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

In dem Bericht über die letzte Mauererversammlung in der Nr. 13 vom 17. Januar sind am Schluß einige Sätze enthalten, welche ich nicht unbedenklich lassen möchte, um so mehr, da es mir in der betr. Versammlung durch die allgemeinen bekannten Umstände unmöglich gemacht wurde, meine Ausführungen, die vollständig der Wahrheit entsprechen, zur Geltung zu bringen. Noch nie ist es als eine Maßregelung betrachtet worden, wenn ein Kollege zweimal hintereinander der Arbeit fern geblieben ist und am dritten Tage vom Postier entlassen wird. Dies ist aber hier der Fall. Es ist eine Unwahrheit, wenn gesagt wird, daß „während der Arbeitszeit“ beim Kollegen Jacob Erkundigung in dieser Angelegenheit wäre eingezogen worden. Die Erkundigung erfolgte drei Wochen danach und zwar nach der „Arbeitszeit“. Kollege Reich, gegenwärtig in Raumburg, wird dies bestätigen.

**Briefe müssen richtig frankiert werden!**

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgebung zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir mußten deshalb Strafpunkte bezahlen, sofern wir die Briefe annahmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 6 Pfg., dagegen Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr nur 2 Pfg.

kosten. In den Leipziger Orts- und Nachbarortsverkehr sind eingeschlossen die Ortschaften: Abnandorf, Uenchain, Waalsdorf, Barnd, Wöhlitz-Ehrenberg, Burghausen, Döls, Döfen, Gaußsch, Göbbschewitz, Großwiederitzsch, Großschöcher-Windorf, Gundorf, Heilerer Wld., Hohenheide, Kleinwiederitzsch, Lauer, Leutzsch, Marktleeberg, Modau, Möckern, Müllau, Kapossowstein, Oetzsch, Pannsdorf, Podelwitz, Plöden, Portitz, Proffenheide, Raschwitz, Rückmarsdorf, Schönow, Schönefeld, Sebnitz, Selmeln, Stöbteritz, Stütz, Thekla-Clenden-Neußsch, Wahren, Windmühle Weitenfeld, Zweinandorf.

Mehrfach sind uns auch Frei-Inserate in offenem Couvert (mit 2 Pfg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 6 Pfg.-Marken frankiert werden.

Redaktion und Expedition.

**Ankunft in Rechtsfragen.**

A. Sch., Pannsdorf. 1. Gewiß können Sie auch wegen Steuerhinterzügen zum Offenbarungseid gezwungen werden und zwar durch Haft bis zu 6 Monaten. Die Behörde müßte während der Haft Ihren Unterhalt im Gefängnis bestreiten.

H. B. Wenden Sie sich zunächst an die Waupolizei. Unter Umständen dürfte aber ein Prozeß notwendig werden, für den Sie sich einen Rechtsanwalt annehmen müssen.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

- Frau Dunder, Gohlis, Wilhelmstr. 2. III.
- Frenzel, Lindenau, Gundorfer Str. 10, I.
- Gelbel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt.
- Jäger, Connewitz, Leipziger Str. 33, pt.
- Müller, Neudörfel, Eisenbahnstr. 10, IV.
- Remus, Schleußig, Kömmerichstr. 87, pt.
- Schmann, Lindenau, Bismarckstr. 40, pt.
- Wibera, Leutzsch, Hauptstr. 20, II.

**Filialen der Leipziger Volkszeitung.**

Leipzig: Frau Helene Bauer, Albertstraße 12, p.  
 „ S. Vorles, Markthallenstraße 12, b.  
 „ Henriette Dingelbein, Markt 10 (Kaufhalle).  
 Herr Aug. Hummel, Kleine Fleischergasse 5/7.  
 L.-Anger: Herr W. Schürmer, Zweinandorfer Straße 25, p.  
 „ S. Ralsch, Elbortstraße 12.  
 L.-Eutritzsch: Restaurant Hoyer, Säbnfelder Str. 12.  
 L.-Gohlis: Restaurant Wundschol, Obere Georgstraße.  
 L.-Kleinwiederitzsch: Herr W. Bobbig (Barbieregeschäft).  
 „ Karl Peter, Blagwitz Str. 5.  
 L.-Lindenau: Herr H. Hollandt, GutsMuthstraße 7.  
 „ Frau M. Wehmann, Bismarckstraße 40.  
 Leutzsch: Herr F. Stoye, Orenstraße 1.  
 L.-Neustadt: Herr H. Friebe, Eisenbahnstraße 25, p.  
 „ Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 27.  
 „ D. Adge, Marktstraße 41, p.  
 L.-Blagwitz: „ R. Schulze, Eigarrengeschäft, Schmiebedstraße 15 (Ecke Fischergasse Straße).  
 L.-Zellerhausen: Herr S. Thiele, Wurzen Str. 30, p.  
 L.-Zonberg: Herr Oskar Pfeil, Reipzigener Str. 84.  
 L.-Vollmarsdorf: Max Rieger, Torgauer Str. 7 (Ecke Waldstraße).  
 L.-Mödnitz: „ W. Möhler, Kreuzstraße 87.  
 „ Restaurant Schäber, Kronprinzstraße 6, p.  
 „ Herr F. Otto, Chausseestraße 43, p.  
 „ F. Bousig, Wurzen Str. 5, p.  
 L.-Mödnitz o. T.: Herr Slipp, Obere Mäntelstraße 21.  
 Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Austrägern abgeholt werden.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.